

Bundesamt für Sozialversicherungen  
Geschäftsfeld Alters- und Hinterlassenenvorsorge  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Bern, 15. April 2012

**Bericht Zukunft 2. Säule – Anhörung**  
***Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz***

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule.

**Grundsätzliche Bemerkungen**

Die berufliche Vorsorge ist eine der beiden tragenden Säulen der Schweizer Altersvorsorge. Die Arbeitnehmenden und RentnerInnen sind auf ihre Leistungen angewiesen. Das BVG muss deshalb so ausgestaltet sein, dass die Renten zusammen mit der AHV ein gutes und sicheres Einkommen ergeben.

Die Leistungsfähigkeit der Altersvorsorge ist heute ungenügend. Für tiefe bis mittlere Einkommen reichen die angestrebten Ersatzquoten von 60 % nicht aus, um im Alter die gewohnte Lebensführung zu garantieren. Für diese Einkommensgruppen müssen die Renten über eine Stärkung der AHV erhöht werden. Angesichts der grossen Bedeutung der 2. Säule erfordert ein Bericht über die Zukunft der zweiten Säule weitergehende fundierte Analysen. Die Grünen erwarten vom Bundesrat vertiefte Abklärungen, statt einer engen Betrachtungsweise, die primär auf eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes abzielt.

Der ganze Bericht bleibt zudem oft in einer mikroökonomischen Sicht verhaftet. Die makroökonomische Sicht sollte bei einer obligatorischen Sozialversicherung mit einem Kapital von gegen 700 Milliarden Franken stärker gewichtet werden. So erhalten die Auswirkungen von Massnahmen auf die gesamte Volkswirtschaft im Bericht zu wenig Gewicht. Zudem wird eine zentrale Frage weitgehend ausgeklammert: Braucht ein Kapitaldeckungsverfahren zwingend eine Vollkapitalisierung oder reicht auch eine Teilkapitalisierung? Und wie könnte eine solche Teilkapitalisierung ausgestaltet sein?

## Anhörung zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule - Fragebogen

Die Lösungsansätze, welche für die BVG-Kommission eine Option darstellen, sind grün hinterlegt.

	Eher ja	Eher nein
<b>Kapitel 1: Einleitung</b>		
Teilen Sie die in der Einleitung (Kapitel 1) gemachten Aussagen?	<input type="checkbox"/>	X
<b>Kapitel 2: Die Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System</b>		
1. Teilen Sie die in der Ausgangslage (2.1) und der Problemanalyse (2.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
2. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 2. Säule bei Erwerbsunterbrüchen zu erweitern (2.4.2.2)?	X	<input type="checkbox"/>
3. Sind Sie dafür, Arbeitnehmende im Dienste mehrerer Arbeitgeber der obligatorischen Versicherung zu unterstellen, wenn die Summe ihrer Löhne die BVG-Schwelle erreicht (2.4.2.3)?	X	<input type="checkbox"/>
4. Sind Sie dafür, die Information zur freiwilligen Versicherung durch eine Weisung der Oberaufsichtskommission zu verbessern (2.4.2.4)?	<input type="checkbox"/>	X
5. Sind Sie dafür, die Selbstständigerwerbenden der obligatorischen Versicherung zu unterstellen (2.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>	X
6. Sind Sie dafür, in Sachen Kapitalbezüge den status quo zu belassen (2.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	X
7. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>vollständig</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.3)?	X	
8. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>teilweise</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.4)?	X	
9. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen nicht vorsehen können, bei der Pensionierung mehr als ein Viertel des Altersguthabens als Kapital auszubezahlen (2.4.3.5)?	X	<input type="checkbox"/>
10. Sind Sie dafür, dass das Altersguthaben zu Zwecken der Wohneigentumsförderung nur noch in der Höhe, wie es im Alter 40 bestand, bezogen werden kann (2.4.3.6)?	X	<input type="checkbox"/>
11. Sind Sie dafür, dass jegliche Möglichkeiten des Kapitalbezugs abgeschafft werden (2.4.3.7)?	X	
12. Sind Sie dafür, dass geringfügige Altersguthaben nicht mehr bar ausgezahlt werden können (2.4.3.8)?	<input type="checkbox"/>	X
13. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 3. Säule bei Erwerbsunterbrüchen einzuführen (2.4.4.2)?		X
14. Sind Sie dafür, das Mindestrücktrittsalter auf 60 Jahre anzuheben (2.4.5.2)?	<input type="checkbox"/>	X

<p>Bemerkungen:</p> <p>Der Bericht zeigt auf, dass der Kapitalbezug den Versicherungsgedanken schwächt und die Fortführung der gewünschten Lebenshaltung gefährdet ---&gt; eine weitgehende Einschränkung bis zu einer vollständigen Abschaffung des Kapitalbezugs ist sinnvoll. Allerdings darf die Einschränkung nicht wie in Frage 8 vorgeschlagen <b>diskriminierend</b> zulasten derjenigen Personen gehen, die nur das Rentenminimum erhalten und häufig sogar weniger lange leben als Personen mit einer hohen Rente. Der Vorschlag von Frage 9 ist deshalb vorzuziehen.</p>	
<p><b>Kapitel 3: Kassenlandschaft</b></p>	
<p>15. Teilen Sie die in der Ausgangslage (3.1) gemachten Aussagen?</p>	<p>X</p>
<p>16. Sind Sie für die Einheitskasse (3.3.1.2)?</p>	<p>X</p>
<p>17. Sind Sie für die Festlegung einer Mindestgrösse für Vorsorgeeinrichtungen (3.3.1.4)?</p>	<p>X</p>
<p>Bemerkungen:</p> <p>Grössere Vorsorgeeinrichtungen können in der Regel kostengünstiger wirtschaften als kleine Pensionskassen. Sie profitieren von Skaleneffekten bei der Vermögensverwaltung oder tätigen die Anlagen selber, was in vielen Fällen geringere Vermögensverwaltungskosten zur Folge hat. Dies würde für eine Mindestgrösse der Pensionskassen sprechen. Wir gehen aber davon aus, dass der Konzentrationsprozess auch ohne gesetzliche Regulierung weiter gehen wird. Zudem möchten wir auch die Vorzüge des heutigen Systems unterstreichen. Die betriebliche Anknüpfung, die mit den kleinen Kassen einhergeht, ermöglicht es, betriebsspezifische Vorsorgelösungen zu treffen.</p> <p>Angesichts der immer volatilen und zurzeit besonders unsicheren Kapitalmärkte (vgl. Kapitel 6 und 11) macht es volkswirtschaftlich Sinn, auch im Kapitaldeckungsverfahren einen Teil der Beiträge direkt für die Auszahlung der Leistungen zu verwenden („teilweises Umlageverfahren“).</p> <p><b>Exkurs:</b> Aus rein makroökonomischer Sicht gibt es ohnehin nur das „Umlageverfahren“. Es ist volkswirtschaftlich gar nicht möglich, „Geld für die Zukunft aufzubewahren“. Die Renten werden immer von jetzt lebenden Personen bezahlt – sei es in Form von Beiträgen der aktiv Versicherten, in Form von Mieten der Immobilienbewohnenden, in Form von Zinsen der Kreditnehmenden, in Form von Kapitalerträgen der Wertschriftenkaufenden usw.. Und es sind immer die heute Arbeitenden, die alle Produkte und Dienstleistungen herstellen, welche von den Nicht-Arbeitenden (Junge und RentnerInnen) konsumiert werden.</p>	
<p><b>Kapitel 4: Freie Pensionskassenwahl</b></p>	
<p>18. Teilen Sie die in der Ausgangslage (4.1) und der Problemanalyse (4.2) gemachten Aussagen?</p>	<p>X <input type="checkbox"/></p>
<p>19. Sind Sie dafür, ein Wahlmodell einzuführen (4.4.1.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> X</p>
<p>20. Sind Sie dafür, in Sachen freie Pensionskassenwahl den status quo zu belassen (4.4.1.3)?</p>	<p>X <input type="checkbox"/></p>

Bemerkungen:	
<b>Kapitel 5: Parität</b>	
21. Teilen Sie die in der Ausgangslage (5.1) gemachten Aussagen?	X
22. Sind Sie dafür, dass die Durchführung von Wahlen bei grossen Sammeleinrichtungen mittels einer Weisung der Oberaufsichtskommission verbessert wird (5.3.1.2)?	X <input type="checkbox"/>
Bemerkungen:	
<b>Kapitel 6: Anlagebestimmungen / Anlagerisiken / Kapitaldeckungsverfahren</b>	
23. Teilen Sie die in der Ausgangslage (6.1) und der Problemanalyse (6.2) gemachten Aussagen?	<input type="checkbox"/> X
24. Sind Sie dafür, an Zweckgesellschaften ausgelagerte Forderungen (insb. synthetische und restrukturierte Forderungen) anders zu behandeln als klassische feste Forderungen (6.4.1.2)?	X <input type="checkbox"/>
25. Sind Sie dafür, die Securities Lending und Repo Geschäfte zu regeln (6.4.2.2)?	X <input type="checkbox"/>
26. Sind Sie dafür, die Anlagelimiten anzupassen (6.4.3.2)?	X <input type="checkbox"/>
Bemerkungen:  Die geltenden Anlagevorschriften sind für die Grünen nicht nachvollziehbar und gehören angepasst. So ist etwa die Ausweitung der Anlagemöglichkeit bei den alternativen Anlagen systemfremd. Alternative Anlagen bieten etlichen Probleme auf der technischen Ebene (Komplexität, Kosten, Risiken), aber es stellen sich auch wirtschaftlich-ethische Fragen. Die Lösung dieser Probleme kann nicht allein dem obersten Organ einer Vorsorgeeinrichtung übertragen werden. Eine strengere Regulierung tut hier Not. Wie die in Auftrag gegebene Studie des BSV über die Vermögensverwaltungskosten in der 2. Säule gezeigt hat, weisen insbesondere Hedge Funds eine ungünstige Kostenstruktur auf. Die Studie qualifiziert die alternativen Anlagen als Kostentreiber Nr. 1 in der beruflichen Vorsorge. Folglich muss bereits aus Kostengründen die Anlagequote für alternative Anlagen reduziert werden.  Nicht nur die Höhe der Kosten ist ein Kritikpunkt, sondern auch die fehlende Transparenz. In der beruflichen Vorsorge sollten keine Anlagen getätigt werden dürfen, deren Gebühren und Kosten nicht abschätzbar sind.	
<b>Kapitel 7: Solvenz und Wertschwankungsreserven</b>	
27. Teilen Sie die in der Ausgangslage (7.1) und der Problemanalyse (7.2) gemachten Aussagen?	<input type="checkbox"/> X
28. Sind Sie dafür, für autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen eine einheitliche Methode zur Bestimmung des Zielwerts der Wertschwankungsreserve zu definieren (7.4.1.2)?	X
29. Sind Sie dafür, die Wertschwankungsreserve als versicherungstechnisch notwendiges Vorsorgekapital zu behandeln (7.4.1.3)?	<input type="checkbox"/> X
30. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen den ökonomischen Deckungsgrad	<input type="checkbox"/> X

als internes Instrument verwenden (7.4.1.4)?		
31. Sind Sie dafür, Leistungsverbesserungen bei unvollständig geäufter Wertschwankungsreserve nicht mehr zuzulassen (7.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	X
Bemerkungen:  Der Bericht zeigt in 7.4.1.3 auf, dass eine Erhöhung des Vorsorgekapitals um die Wertschwankungsreserve teuer wäre. Ausserdem würde das am volatilen Kapitalmarkt anzulegende Vermögen nochmals grösser, was unbedingt verhindert werden muss (vgl. auch Bemerkungen zu Kapitel 3).  Der ökonomische Deckungsgrad ist ein zu kurzfristiges Mass für die auf lange Frist angelegte berufliche Vorsorge (≥ 60 Jahre: von 25 – 85 jährig).		
<b>Kapitel 8: Vollversicherung und Mindestquote</b>		
32. Teilen Sie die in der Ausgangslage (8.1) und der Problemanalyse (8.2) gemachten Aussagen?	<input type="checkbox"/>	X
33. Sind Sie dafür, dass die nachträgliche Verrechnungsmöglichkeit von administrativen Kosten aufgehoben wird und autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen kostendeckende Kostenprämien erheben (8.4.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
34. Sind Sie dafür, dass die glättenden Funktion des Überschussfonds eingeschränkt wird bzw. dass der (freie) Überschussfonds abgeschafft wird (8.4.2.2)?	X	<input type="checkbox"/>
35. Sind Sie dafür, dass die Höhe der Mindestquote (unter Beachtung des SST) überprüft wird (8.4.3.2)?	X	<input type="checkbox"/>
36. Sind Sie dafür, dass ein Zielkapital für die berufliche Vorsorge mit einer bestimmten Entschädigung festgelegt wird (8.4.3.3)?	X	
37. Sind Sie dafür, dass den kollektiven Sammeleinrichtungen die Vollversicherung verboten wird bzw. dass ihnen nur noch die Risikorückdeckung erlaubt wird (8.4.4.1)?	X	<input type="checkbox"/>
38. Sind Sie dafür, dass das angelsächsische Modells mit oder ohne Mindestquotenregelung eingeführt wird (8.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	X
39. Sind Sie dafür, dass für die Kollektivversicherung berufliche Vorsorge eine separate juristische Person gebildet wird (8.4.4.3)?		X
40. Sind Sie für eine Konzentration auf die ergebnisbasierte Methode (8.4.4.4)?	<input type="checkbox"/>	X
41. Sind Sie dafür, dass der Saldo des Risikoprozesses in Prozenten der Risikoprämien beschränkt wird (8.4.4.5)?	X	<input type="checkbox"/>
42. Sind Sie für die Paketlösung „Transparenz plus“ (8.4.4.6)?	<input type="checkbox"/>	X

<p>Bemerkungen:</p> <p>Die starke Stellung der privaten Versicherungsgesellschaften in der beruflichen Vorsorge widerspricht ihrer sozialversicherungsrechtlichen Ausrichtung. Die einbezahlten Beiträge in eine Sozialversicherung sollen vollumfänglich, bzw. nach Abzug der entstandenen Spesen, den Versicherten beim Eintritt des versicherten Risikos zu Gute kommen. Dass Dritte daran einen Gewinn abschöpfen, ist systemfremd.</p> <p>Da Vollversicherungen in der Regel BVG-Leistungen im Minimum versichern, ist für Lebensversicherer die Höhe des Mindestumwandlungssatz eine zentrale Grösse. Dabei kommt dem Mindestumwandlungssatz nicht nur eine Bedeutung als Leistungsgarantie für die Rentenhöhe zu, sondern der Mindestumwandlungssatz ist ein Regulativ für die Gewinnverteilung. Denn die Versicherten partizipieren in Vollversicherungslösungen weit weniger an den erwirtschafteten Gewinnen als die Versicherten von autonomen Vorsorgeeinrichtungen.</p> <p>Heute haben die Lebensversicherer ein System garantierter Gewinne geschaffen. Durch überhöhte Risikoprämien blähen sie den Ertrag auf, von dem sie maximal 10 % als Entschädigung abschöpfen können. Die jährlich erwirtschafteten Überschüsse kommen nicht direkt den Versicherten zu Gute, sondern können sogar als Eigenkapital der Versicherungsgesellschaften gezählt werden.</p>	
<p><b>Kapitel 9: Mindestumwandlungssatz</b></p>	
<p>43. Teilen Sie die in der Ausgangslage (9.1) und der Problemanalyse (9.2) gemachten Aussagen?</p>	<p>X</p>
<p>44. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz zu senken (9.4.1.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> X</p>
<p>45. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz im Gesetz festzulegen (9.4.1.3)?</p>	<p>X <input type="checkbox"/></p>
<p>46. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom Bundesrat festgelegt wird (9.4.1.4)?</p>	<p><input type="checkbox"/> X</p>
<p>47. Sind Sie dafür, das Rücktrittsalter anzuheben (9.4.1.5)?</p>	<p><input type="checkbox"/> X</p>
<p>48. Sind Sie dafür, den Umwandlungssatz im Gesetz auf einen vorsichtigen Wert festzulegen und ein System mit variablen Rentenzuschlägen einzuführen (9.4.1.6)?</p>	<p><input type="checkbox"/> X</p>
<p>49. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom obersten Organ der Vorsorgeeinrichtung festgelegt wird (9.4.1.7)?</p>	<p><input type="checkbox"/> X</p>
<p>50. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Koordinationsabzug zu senken (9.4.2.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/></p>
<p>51. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Altersgutschriften zu erhöhen (9.4.2.3)?</p>	<p><input type="checkbox"/></p>
<p>52. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des</p>	<p><input type="checkbox"/></p>

Mindestumwandlungssatzes den Sparprozess früher zu beginnen (9.4.2.4)?	
53. Sind Sie dafür, die Höhe der Risikoleistungen anhand des versicherten Lohns zu definieren (9.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>
54. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Pensionierten-Kinderrenten abzuschaffen (9.4.2.6)?	<input type="checkbox"/>
55. Sind Sie dafür, einen nach der Sterblichkeit differenzierten Mindestumwandlungssatz zu verwenden (9.4.2.7)?	<input type="checkbox"/>
56. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels der 1. Säule zu finanzieren (9.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>
57. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels Beiträgen, die nicht in die Berechnung der Freizügigkeitsleistung einfließen, zu finanzieren (9.4.3.3.1)?	<input type="checkbox"/>
58. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels eines Pools zu finanzieren (9.4.3.3.2)?	<input type="checkbox"/>
59. Welche Kombination von Massnahmen bevorzugen Sie? a) 45 + 50&51 + 58 b) 46 + 50&51 + 58 c) 47 + 50&51 + 58 d) 49 + 50&51 + 58 ...	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
60. Sind Sie dafür, die Bandbreite für den technischen Zinssatz auf zwischen 3 und 4.5% festzulegen (9.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>
61. Sind Sie dafür, Art. 8 FZV zu streichen (9.4.4.3)?	<input type="checkbox"/>
<p>Bemerkungen: Die Grünen sind gegen die Senkung des Mindestumwandlungssatzes. Zum einen fehlt eine fundierte Analyse der Ausgangslage. Zum anderen ist der Mindestumwandlungssatz von 6,8 % eine Leistungsgarantie für die Altersrenten von Erwerbstätigen mit kleinen und mittleren Einkommen. Eine Senkung dieser ohnehin schon tiefen Renten liegt nicht drin.</p> <p>Schon heute reicht das Renteneinkommen von Personen, die über ein Erwerbseinkommen von rund 20'000 bis 83'000 Franken verfügen, nicht aus, um auch im Alter die gewohnte Lebensführung zu sichern. Wie im Bericht aufgezeigt, bewegen sich heute die Ersatzquoten für diese Personen unter der angestrebten Quote von 60 %. In diesen Einkommenskategorien ist zudem auch nicht mit substantiellen Vermögenseinkünften aus der dritten Säule oder weiteren Vermögenswerten zu rechnen. Zudem können Versicherungsgesellschaften aus der Rentenfinanzierung derselben Personen überhöhte Profite ziehen und weitere Dritte erhalten hohe Spesen.</p> <p>Die Grünen vermissen im Bericht eine fundierte Auseinandersetzung mit der zeitlichen Dimension des festzulegenden Mindestumwandlungssatzes. Denn falls sich das Renditetief als vorübergehendes Phänomen herausstellt, würde eine rasche Senkung dazu führen, dass die Altersrenten unbegründet gekürzt werden. Die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen zur Garantie der Leistungshöhe zielen in erster Linie auf eine Anhebung des Altersguthabens, die sich über Jahre hinausziehen wird.</p>	

	Eher ja	Eher nein
<b>Kapitel 10: Mindestzinssatz</b>		
62. Teilen Sie die in der Ausgangslage (10.1) und der Problemanalyse (10.2) gemachten Aussagen?		X
63. Sind Sie dafür, dass die Verzinsung der Altersguthaben vom obersten Organ frei entschieden werden kann (10.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X
64. Sind Sie dafür, dass die Mehrheitsformel der BVG-Kommission indikativ als Basis zur Berechnung des Mindestzinssatzes verwendet wird (10.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	X
<b>Kapitel 11: Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen</b>		
Teilen Sie die in der Ausgangslage (11.1) und der Problemanalyse (11.2) gemachten Aussagen?		X
65. Sind Sie dafür, dass von Rentnern vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können (11.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X
66. Sind Sie dafür, dass die Renten aus einem garantierten und einem variablen, von der finanziellen Lage abhängigen Teil bestehen (11.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	X
67. Sind Sie dafür, dass die Aufsichtsbehörden ein Mittel erhalten, um Sanierungsmassnahmen durchzusetzen (11.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	X
68. Sind Sie dafür, dass Vorsorgeeinrichtungen in Überdeckung Massnahmen zur finanziellen Konsolidierung treffen können (11.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	X
69. Sind Sie dafür, dass der Rentnerbestand bei der Auflösung eines Anschlussvertrags in die neue Kasse mitgenommen werden soll, wenn keine Vereinbarung erzielt werden kann und der Anschlussvertrag nichts vorsieht (11.4.4.2)?	X	<input type="checkbox"/>
70. Sind Sie dafür, dass Vorsorgewerke, die ihren Anschlussvertrag auflösen, verpflichtet werden, die zurückgelassenen Rentner auszufinanzieren (11.4.4.3)?	X	<input type="checkbox"/>
71. Sind Sie dafür, dass die Auffangeinrichtung Rentenverpflichtungen von solventen Vorsorgewerken, die bei einer insolventen Vorsorgeeinrichtung versichert sind, übernimmt (11.4.5.2)?	X	
72. Sind Sie dafür, dass solvente Vorsorgewerke, deren Vorsorgeeinrichtung insolvent geworden ist, an den Sicherheitsfonds angeschlossen werden (11.4.5.3)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Die berufliche Vorsorge ist eine Rentenversicherung. Die Renten müssen im Alter mindestens nominal gesichert sein, ansonsten ist die Berechtigung eines kollektiven Zwangssparsystems in Frage gestellt. Eine Rentenversicherung würde eine gesetzliche Sicherung der Kaufkraft nach sich ziehen. Diese fehlt jedoch in der beruflichen Vorsorge. Trotz geringer Inflation spüren die heutigen Rentnerinnen und Rentner die Stagnation ihrer Renten, denn im letzten Jahrzehnt fanden kaum Teuerungsanpassungen statt. Diesen Umstand gilt es zu berücksichtigen, wenn von Sanierungsmassnahmen bei Rentnern die Rede ist.		
<b>Kapitel 12: Teilliquidation und Härtefälle</b>		

Eher ja Eher  
nein

73. Teilen Sie die in der Ausgangslage (12.1) und der Problemanalyse (12.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
74. Sind Sie dafür, dass ältere arbeitslose Personen ihr Altersguthaben bei der Auffangeinrichtung einbringen können, welche ihnen bei der Pensionierung eine Rente auszahlt (12.4.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
75. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen darüber informieren müssen, dass mit dem Kapital eine Rente eingekauft werden kann (12.4.1.3)?	X	<input type="checkbox"/>
76. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen verpflichtet werden, Leistungen in Rentenform auszurichten (12.4.1.4)?	X	<input type="checkbox"/>
77. Sind Sie für die Schaffung der Möglichkeit für ältere arbeitslose Personen, den Rentenbezug bei der letzten Vorsorgeeinrichtung aufzuschieben (12.4.1.5)?	X	<input type="checkbox"/>
78. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden die Teilliquidationsvoraussetzungen präzisiert (12.4.3.2)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 13: Vereinfachungen und Kosten</b>		
79. Teilen Sie die in der Ausgangslage (13.1) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
80. Sind Sie dafür, Art. 3 BVG aufzuheben (13.3.1.2)?		X
81. Sind Sie dafür, einen elektronischen, standardisierten Meldezettel bei einem Freizügigkeitsfall einzuführen (13.3.1.3)?	X	<input type="checkbox"/>
82. Sind Sie dafür, den Vorsorgeausweis zu standardisieren (13.3.1.4)?	X	<input type="checkbox"/>
83. Sind Sie dafür, die 3-Monatsfrist zur Unterstellung unter das BVG aufzuheben (13.3.1.5)?	X	<input type="checkbox"/>
84. Sind Sie dafür, die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerb aufzuheben (13.3.1.6)?	X	
85. Sind Sie dafür, alle atypischen Arbeitnehmer bei der Auffangeinrichtung zu versichern (13.3.1.7)?	X	<input type="checkbox"/>
86. Sind Sie dafür, die Destinatärkreise in der Vorsorge zu harmonisieren (13.3.1.8)?	<input type="checkbox"/>	X
87. Sind Sie dafür, die Bestimmungen zur beruflichen Vorsorge zu konzentrieren (13.3.1.9)?	X	<input type="checkbox"/>
88. Sind Sie dafür, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle aufzuheben (13.3.1.10)?	X	<input type="checkbox"/>
89. Sind Sie dafür, die freiwillige Versicherung aufzuheben (13.3.1.11)?		X
90. Sind Sie dafür, einheitliche Altersgutschriften einzuführen (13.3.1.12)?	<input type="checkbox"/>	X
91. Sind Sie dafür, dass die Individualisierungsmöglichkeiten in der beruflichen Vorsorge eingeschränkt oder abgeschafft werden (13.3.1.13)?	X	
92. Sind Sie dafür, dass die Vorfinanzierung des Vorbezugs der Altersleistungen nicht mehr möglich ist (13.3.1.14)?	<input type="checkbox"/>	X

Eher ja Eher  
nein

93. Sind Sie dafür, dass nicht erfolgswirksame, aber bekannte Kosten erfasst werden (13.3.2.3)?	X	<input type="checkbox"/>
94. Sind Sie dafür, dass die Transparenz der Finanzprodukte verbessert wird (13.3.2.4)?	X	<input type="checkbox"/>
95. Sind Sie dafür, dass die Kosten der Rückversicherung in der Jahresrechnung separat ausgewiesen werden (13.3.2.5)?	X	<input type="checkbox"/>
<p>Bemerkungen:</p> <p>Die Berufliche Vorsorge ist als Sozialversicherung ausgestaltet. Die Beiträge der Arbeitnehmenden und Arbeitgeber dienen zur Finanzierung von Leistungen, die beim Eintreffen von bestimmten Risiken fällig werden. In diesem Prozess entstehen zwangsläufig Kosten. Zudem sind mittlerweile viele Dienstleistungserbringer daran beteiligt, die ebenfalls entschädigt werden müssen. Diese Kosten müssen aber in einem angemessenen Verhältnis zur Leistung stehen.</p> <p>Für die Grünen ist das heutige Verhältnis nicht angemessen. Insbesondere die Vermögensverwaltungskosten von rund 3,9 Mrd. Franken fallen zu stark ins Gewicht. Die vom BSV in Auftrag gegebene Studie über die Vermögensverwaltungskosten in der 2. Säule (Mettler/Schwendener, 2011) hat nicht nur das Ausmass der Kosten aufgedeckt, sie hat auch ein beträchtliches Einsparpotential von 1,8 Mrd. Franken eruiert.</p> <p>Wir vermissen im Bericht Vorschläge, wie dieses Einsparpotential konkret bei den Vermögensverwaltungskosten umgesetzt werden kann. Transparenzvorschriften alleine lösen das Problem nicht. Die Kostenwahrheit ist nur der erste Schritt. Die Ausweisung aller Kosten schärft zwar das Kostenbewusstsein, aber es führt erst mittelfristig zu tieferen Kosten. Es kann nicht angehen, dass die Problematik in erster Linie auf die Vorsorgeeinrichtungen überwältigt wird. Vielmehr braucht es Beschränkungen bei den kostentreibenden Anlagegefässen und eine stärkere Regulierung bei der Kostenstruktur von Finanzprodukten.</p> <p>Für Letzteres muss auch die Finma als Aufsichtsbehörde des Finanzmarktes ihre Rolle wahrnehmen. Die Kostenfrage ist nicht nur im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Beruflichen Vorsorge zu beurteilen. Die Kosten wirken sich auch auf die Finanzierung der Leistungsverpflichtungen aus. Das Einsparpotential muss daher zuerst ausgeschöpft werden, bevor Leistungskürzungen avisiert werden.</p>		
<b>Kapitel 14: Transparenz</b>		
96. Teilen Sie die in der Ausgangslage (14.1) und der Problemanalyse (14.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
97. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden Weisungen zur Vergleichbarkeit von Vorsorgeeinrichtungen erlässt (14.4.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
98. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen zwecks Vergleichbarkeit einheitliche Benchmarks verwenden (14.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	X
Bemerkungen:		

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of the letters 'U.L.' followed by a stylized, sweeping flourish.

Ueli Leuenberger  
Präsident der Grünen Schweiz

A handwritten signature in black ink, featuring a large, looped initial 'I' followed by the name 'wan Schauwecker' in a cursive script.

Iwan Schauwecker  
Politischer Sekretär



Office fédéral des assurances sociales  
Domaine Affaires internationales et prévoyance professionnelle  
Mme Martina Stocker  
Effingerstrasse 20  
3003 Berne

Berne, le 27 avril 2012

### **Projet de rapport sur l'avenir du 2<sup>e</sup> pilier ; procédure d'audition**

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le projet de rapport sur l'avenir du 2<sup>e</sup> pilier dans le cadre de la procédure d'audition ouverte à fin décembre 2011.

#### **Appréciation générale**

Le 2<sup>e</sup> pilier est un élément central de notre système de sécurité sociale, fondé sur les principes de solidarité, de collectivité et de parité. La prévoyance professionnelle est une assurance sociale qui vise à garantir aux salarié-e-s et aux rentier-e-s un revenu suffisant en cas de réalisation du risque. Concrètement, elle doit permettre, avec les prestations du 1<sup>er</sup> pilier, de maintenir le niveau de vie antérieur dans une mesure appropriée, ainsi que cela est expressément prévu par la Constitution fédérale. Vu son importance pour la société dans son ensemble comme pour tout un chacun, le 2<sup>e</sup> pilier se trouve régulièrement au centre du débat public, notamment lors de la fixation des taux minimaux ou comme actuellement, en période de crise financière.

Le Parti socialiste suisse (PS) se réjouit donc que la nécessaire discussion sur ce thème primordial ait lieu. A cet égard, il salue l'élargissement du rapport sur l'avenir du 2<sup>e</sup> pilier dans le but de procéder à un vaste état des lieux des défis qui se posent dans la prévoyance professionnelle. En revanche, le PS ne peut que déplorer l'absence de fil rouge. Le rapport contient certes des analyses intéressantes, mais il ne définit aucune priorité. Le PS regrette vivement que le Conseil fédéral s'abstienne de prendre position sur les différentes mesures proposées.

Au surplus, le PS est fermement d'avis qu'il n'est pas possible de faire l'économie d'une réflexion globale sur la prévoyance vieillesse, incluant en particulier les 1<sup>er</sup> et 2<sup>e</sup> piliers. Dans ce contexte, la question d'un rééquilibrage entre ces deux assurances sociales doit être analysée avec soin.

#### **Commentaire**

##### *Taux de conversion minimal*

Le PS prend acte de l'état des lieux dressé dans le rapport en ce qui concerne le taux de conversion minimal. Cependant, il revendique une analyse plus pertinente et mieux documentée. En particulier, les hypothèses sur l'évolution de l'espérance de vie et des rendements des capitaux doivent être approfondies.

S'agissant du vieillissement démographique, les statistiques utilisées dans le rapport sont insuffisamment différenciées et ignorent le fait que les classes sociales en réalité concernées par une diminution du taux de conversion minimal ont le plus souvent une espérance de vie moindre. Une estimation du nombre de retraité-e-s qui seraient touchés par une réduction de rente fait par ailleurs défaut. En outre, d'autres évolutions influant favorablement - du point de vue des caisses de pensions - sur les prestations doivent être prises en compte, comme c'est le cas par ex. avec la réduction du nombre de rentes-invalidité.

En ce qui concerne la question du rendement attendu des capitaux, la réflexion doit se faire selon un contexte et un horizon temporel plus larges. Certes les rendements actuels sont bas, mais le PS doute qu'il faille faire l'économie d'une analyse circonstanciée sur les causes de ce faible niveau et sur la prolongation ou non de cette situation. Il convient également d'expliquer les différences notables entre les prévisions du Département fédéral des finances pour les taux d'intérêts futurs et celles produites dans le rapport. Au surplus, des perspectives financières à moyen et long terme dans le domaine global de la prévoyance professionnelle doivent être livrées.

Quant aux économies substantielles à réaliser sur les frais administratifs, et en particulier sur ceux entraînés par la gestion de fortune, le PS exige des propositions concrètes pour tous les types d'institution de prévoyance.

Enfin, à propos de la votation populaire du 7 mars 2010, l'allégation selon laquelle « bien que la réforme ait été massivement rejetée, on admet largement aujourd'hui qu'un niveau de 6,4% sera approprié à l'horizon 2015 » (cf. ch. 9.2.1, p. 84) est des plus propagandiste. Pour le PS, non seulement les citoyen-ne-s de ce pays n'ont pas voulu d'une baisse des prestations assurées, mais ils ont aussi voulu signaler leur perte de confiance envers le 2<sup>e</sup> pilier.

Pour toutes ces raisons, une baisse des rentes n'est pas acceptable aux yeux du PS, surtout quand elle a été clairement rejetée par le peuple suisse il y a tout juste deux ans et quand l'objectif constitutionnel aujourd'hui déjà est menacé pour nombre de personnes actives dont le revenu est peu élevé. Le PS ne peut pas accepter une adaptation de ce paramètre de la LPP telle que proposée, à moins éventuellement et à condition que le niveau des prestations globales de la prévoyance vieillesse soit totalement maintenu, ce qui impliquerait un certain transfert du poids du 2<sup>e</sup> pilier vers l'AVS. Concrètement dans une telle hypothèse, une baisse des rentes LPP devrait dans tous les cas être compensée par une augmentation des rentes AVS.

#### *Participation aux mesures d'assainissement*

Afin d'éviter les problèmes de sous-couverture, il va de soi qu'il faut en premier lieu veiller à ce que les rentes soient correctement financées. En cas de découvert en revanche, il faut définir la participation aux mesures d'assainissement de l'institution de prévoyance. Pour le PS, se posent ici certaines questions comme celles de l'équilibre démographique, de la préservation des intérêts de toutes les générations et de la réciprocité des droits et des devoirs sociaux.

Selon le PS, notre société doit concentrer son action sur la solidarité, et les solutions à adopter dans ce cadre se doivent d'être équilibrées. A cet égard, il est clairement d'avis que les mesures d'assainissement doivent être réparties de manière égale entre l'employeur et les salarié-e-s.

#### *Frais*

Puisqu'il est proposé une nouvelle fois de réduire les prestations, le PS est d'avis que la question de la diminution des frais ne peut pas être passée sous silence. Il se plaît donc à rappeler qu'avant de proposer une réduction des rentes, une baisse significative des frais administratifs et de gestion de fortune supportés par les assuré-e-s doit devenir effective. A l'heure actuelle en effet, au mépris du principe de l'assurance sociale, les frais ne se sont plus dans un rapport proportionnel aux

prestations. En outre, les inégalités de situation qui règnent entre les différentes institutions de prévoyance méritent une attention particulière dans ce contexte.

Selon l'étude réalisée pour l'Office fédéral des assurances sociales, les frais de gestion de la fortune dans le 2<sup>o</sup> pilier s'élèvent au total à 3,9 milliards de francs. Par ailleurs, de l'aveu même de l'administration, « plus les frais de placement de la fortune sont élevés, plus le rendement net est réduit. Autrement dit, l'augmentation des frais de gestion de la fortune n'a, en général, pas été payante, mais a simplement réduit le résultat. On en conclut qu'il est justifié de porter une attention particulière aux frais ». Le potentiel d'économies s'avère donc considérable et cet argent devrait être mis à disposition pour financer les prestations. Or si le renforcement des prescriptions sur la transparence est à saluer, cela demeure hautement insuffisant. C'est pourquoi, le PS exige, au lieu de se contenter de constater les faits, que l'on en tire les conclusions politiques qui s'imposent et que des propositions pour réduire significativement les frais administratifs et de gestion soient enfin concrétisées.

Pour terminer, le PS insiste sur un enjeu d'importance que représentent les normes comptables internationales. Censées amener de la transparence, elles ont en fait conduit à une forte volatilité dans le bilan des institutions de prévoyance. L'influence de ces normes comptables (RPC) n'étant pas négligeable, le PS demande qu'un chapitre y soit consacré dans le rapport sur l'avenir du 2<sup>o</sup> pilier.

Au surplus, vous trouverez en annexe, le questionnaire que vous nous avez adressé, dans lequel la plupart des remarques contenues dans la présente sont intégrées.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos remarques et réponses au questionnaire, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti Socialiste Suisse



Christian Levrat, Président



Valérie Werthmüller, secrétaire politique

Annexe : mentionnée

## Audition sur le rapport sur l'avenir du 2<sup>e</sup> pilier

### Questionnaire

Nom : Parti socialiste suisse (PS)

Berne, le 27.04.12

Remarque : le présent questionnaire prévoit deux réponses possibles, à savoir « plutôt » oui, ou « plutôt » non. Malgré ce libellé, le PS se réserve la possibilité de s'abstenir de répondre de manière systématique à chaque question. Par ailleurs, le PS s'est basé sur les versions françaises du rapport et du questionnaire.

Les solutions qui constituent une option pour la Commission LPP sont surlignées en vert.

	Plutôt oui	Plutôt non
<b>Chapitre 1 : Introduction</b>		
Approuvez-vous le contenu de l'Introduction (chapitre 1) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<i>Remarque</i> L'élargissement du rapport dans le but de procéder à un vaste état des lieux des défis qui se posent dans la prévoyance professionnelle est à saluer. Pourtant, le PS déplore l'absence de fil rouge. Le rapport contient certes des analyses intéressantes, mais il ne définit aucune priorité, se contentant du maigre objectif qui est « d'esquisser des pistes de solution ». Ainsi, une position du Conseil fédéral sur les différentes mesures proposées fait cruellement défaut.  Au surplus, le PS regrette que l'avis de l'organe consultatif du Conseil fédéral soit réduit à une simple mention consistant à dire si la solution proposée est une option envisageable ou non. En effet, il serait sans doute avantageux de faire figurer dans le rapport la façon dont la Commission fédérale de la prévoyance professionnelle, au sein de laquelle siègent les partenaires sociaux et différent-e-s représentant-e-s de groupes d'intérêts, a pris et justifié ses décisions. ]		
<b>Chapitre 2 : Le rôle de la prévoyance professionnelle dans le système des trois piliers</b>		
1. Approuvez-vous le contenu des points Situation actuelle (2.1) et Analyse du problème (2.2) ?  <i>Remarque</i> : Tandis que le 1 <sup>er</sup> pilier doit couvrir les besoins vitaux, la prévoyance professionnelle (PP) conjuguée avec l'AVS doit permettre de maintenir de manière appropriée le niveau de vie antérieur, soit assurer un taux de remplacement d'environ 60% du salaire. Or ce taux se révèle insuffisant pour les bas et les moyens revenus pour garantir le maintien du niveau de vie antérieur. Le PS considère qu'il est nécessaire d'augmenter le taux de remplacement, ceci par le biais d'un renforcement de l'AVS.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Etes-vous pour l'élargissement des possibilités de maintien du 2 <sup>e</sup> pilier en cas d'interruption de l'activité lucrative (2.4.2.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Souhaitez-vous que les salariés travaillant pour plusieurs employeurs soient assujettis à l'assurance obligatoire quand la somme de leurs salaires atteint le seuil d'accès LPP (2.4.2.3) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Souhaitez-vous que la Commission de haute surveillance édicte des directives pour améliorer l'information sur l'assurance facultative (2.4.2.4) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
5. Etes-vous pour un assujettissement des indépendants à l'assurance obligatoire (2.4.2.5) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

	Plutôt oui	Plutôt non
6. <i>Etes-vous en faveur du statu quo pour les versements en capital (2.4.3.2) ?</i> <i>Remarque : le versement en capital est susceptible d'entraîner des dérives non souhaitables, raison pour laquelle certaines limites s'imposent afin de mieux respecter le but de la PP. Le PS ne prône toutefois pas une interdiction de tout versement en capital.</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
7. <i>Etes-vous pour interdire le versement en capital de la part obligatoire de l'avoir de vieillesse et pour autoriser le versement en capital de l'intégralité de la part surobligatoire (2.4.3.3) ?</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. <i>Etes-vous pour interdire le versement en capital de la part obligatoire de l'avoir de vieillesse et pour autoriser le versement d'une partie de la part surobligatoire (2.4.3.4) ?</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. <i>Etes-vous pour interdire les dispositions réglementaires prévoyant que, lors du départ à la retraite, plus d'un quart de l'avoir de vieillesse puisse être versé sous forme de capital (2.4.3.5) ?</i> <i>Remarque : la limite du retrait en capital à un quart proposée pourrait éventuellement être différenciée.</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
10. <i>Souhaitez-vous que le montant pour l'encouragement à la propriété du logement (EPL) ne dépasse pas l'avoir de vieillesse à 40 ans (2.4.3.6) ?</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. <i>Etes-vous pour la suppression de tout versement en capital (2.4.3.7) ?</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
12. <i>Etes-vous pour la suppression de tout paiement en espèces lorsque le montant de la prestation de sortie est peu élevé (2.4.3.8) ?</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. <i>Souhaitez-vous que les personnes qui interrompent leur activité lucrative puissent continuer à constituer leur 3<sup>e</sup> pilier (2.4.4.2) ?</i> <i>Remarque : le PS considère que la catégorie d'assuré-e-s visée est déjà privilégiée et refuse qu'elle le soit encore plus.</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
14. <i>Etes-vous pour un relèvement à 60 ans de l'âge minimal de la retraite (2.4.5.2) ?</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Chapitre 3 : Paysage des caisses de pension</b>		
15. <i>Approuvez-vous le contenu du point Situation actuelle (3.1) ?</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. <i>Etes-vous pour une caisse unique (3.3.1.2) ?</i> <i>Remarque : une caisse unique serait éventuellement envisageable pour les risques décès et invalidité.</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17. <i>Etes-vous en faveur de la fixation d'une taille minimale pour les institutions de prévoyance (3.3.1.4) ?</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Chapitre 4: Libre choix de la caisse de pension</b>		
18. <i>Approuvez-vous le contenu des points Situation actuelle (4.1) et Analyse du problème (4.2) ?</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. <i>Etes-vous pour l'introduction d'un modèle de libre choix (4.4.1.2) ?</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20. <i>Etes-vous pour le statu quo en matière de choix de sa caisse de pension (4.4.1.3) ?</i>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Chapitre 5 : Parité</b>		

	Plutôt oui	Plutôt non
21. Approuvez-vous le contenu du point Situation actuelle (5.1) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22. Souhaitez-vous que la Commission de haute surveillance édicte une directive sur l'organisation des élections dans les grandes institutions collectives (5.3.1.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Remarques :  Le PS estime que la gestion paritaire peut encore être améliorée. La définition de la fonction de représentation des travailleurs et des travailleuses demeure si floue que dans la pratique, il n'est pas rare que le ou la chef du personnel assume encore ladite fonction. Cette problématique doit être rectifiée.  En ce qui concerne les institutions collectives, la gestion paritaire ne doit plus rester purement formelle et des mesures dans ce sens s'imposent.  Enfin, la question de la protection des représentant-e-s du personnel doit être corrigée, d'une part en précisant le régime de protection dont ces personnes bénéficient, et d'autre part, en durcissant les sanctions prévues en cas de licenciement abusif.]		
<b>Chapitre 6 : Dispositions sur les placements / risques de placement / système de capitalisation</b>		
23. Approuvez-vous le contenu des points Situation actuelle (6.1) et Analyse du problème (6.2) ?  <i>Remarque</i> : les dispositions actuelles en matière de placements sont de moins en moins compréhensibles. Elles doivent être adaptées, non seulement sous l'angle technique, mais aussi du point de vue de l'éthique économique.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24. Etes-vous pour traiter les créances cédées à des sociétés de portage (en particulier les créances synthétiques ou restructurées) différemment des créances classiques libellées en un montant fixe (6.4.1.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25. Etes-vous pour une réglementation des prêts de valeurs mobilières et des mises en pension (6.4.2.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26. Etes-vous pour une adaptation des limites des placements (6.4.3.2) ?  <i>Remarque</i> : les nouvelles dispositions sur les placements ont été introduites en 2009.  S'agissant des placements immobiliers, la limite a été réduite à 30%. Or ces dernières années, ainsi que le mentionne le rapport, de nombreuses institutions de prévoyance n'ont pu atteindre le rendement net requis uniquement grâce à ce type de placements. De ce point de vue, l'examen d'un réajustement de la limite ne semble pas inopportun. Cependant, des effets pervers, comme une hausse probable des loyers en cas d'afflux massif de capitaux entraînant une baisse des rendements, ne sont pas à exclure.  Quant aux placements alternatifs et en particulier les <i>hedge funds</i> , ils ont provoqué une forte désillusion. Alors qu'ils devaient permettre de réaliser des rendements positifs quelle que soit la situation sur le marché, la crise financière a révélé que ce n'était pas forcément le cas, ce qui a accéléré la perte de confiance envers la PP. De plus, un tiers des frais de gestion de la fortune dans le 2 <sup>e</sup> pilier sont générés par les placements alternatifs. Dans cette optique notamment, le PS est favorable à un abaissement de la limite des placements alternatifs. Enfin, pour des raisons éthiques, la question de l'interdiction de certains investissements par ex. dans les « fonds sauterelles » du domaine du <i>private equity</i> et/ou dans les denrées alimentaires mérite d'être débattue.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Plutôt oui	Plutôt non
<b>Chapitre 7 : Solvabilité et réserves de fluctuation de valeur</b>		
27. Approuvez-vous le contenu des points Situation actuelle (7.1) et Analyse du problème (7.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
28. Etes-vous en faveur de la fixation d'une méthode uniforme pour calculer la valeur cible de la réserve de fluctuation de valeur des institutions collectives autonomes et partiellement autonomes (7.4.1.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
29. Etes-vous pour traiter la réserve de fluctuation de valeur comme un capital de prévoyance nécessaire d'un point de vue actuariel (7.4.1.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
30. Etes-vous pour la présentation facultative du taux de couverture économique (7.4.1.4) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
31. Etes-vous pour une interdiction des améliorations de prestations lorsque la réserve de fluctuation de valeur n'a pas été entièrement constituée (7.4.2.2) ? <i>Remarque</i> : le PS approuve cette proposition pour autant que la charge financière aux mesures d'assainissement nécessaires soit répartie entre toutes les parties prenantes, faute de quoi les assuré-e-s actifs ne pourraient bénéficier que du taux d'intérêt minimal LPP pendant une très longue durée.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Chapitre 8 : Assurance complète et quote-part minimum</b>		
32. Approuvez-vous le contenu des points Situation actuelle (8.1) et Analyse du problème (8.2) ? <i>Remarque</i> : la PP est une assurance sociale obligatoire, dont les revenus servent à financer les rentes. La position privilégiée des assureurs-vie privés en la matière contredit ce principe. En effet, en raison d'un système de primes qui n'est pas transparent, ils obtiennent, tandis que les coûts sont mis à la charge des assuré-e-s, une forte rentabilité de leurs capitaux propres. Or les revenus du capital de couverture doivent revenir aux assuré-e-s, une fois les prestations d'assurance versées.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
33. Etes-vous pour la suppression de la possibilité d'une compensation après-coup des frais d'administration et la perception de primes de frais couvrant les coûts auprès des institutions autonomes et semi-autonomes (8.4.1.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
34. Etes-vous pour la limitation de la fonction de lissage du fonds des excédents ou la suppression du fonds des excédents (libre) (8.4.2.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
35. Etes-vous pour la vérification du montant de la quote-part minimum (en tenant compte du SST) (8.4.3.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
36. Etes-vous pour la fixation d'un capital cible pour la prévoyance professionnelle avec une rémunération définie (8.4.3.3) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
37. Etes-vous pour l'interdiction faite aux institutions collectives de pratiquer l'assurance complète ou ne les autoriser qu'à couvrir des risques (8.4.4.1) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
38. Etes-vous pour l'introduction du modèle anglo-saxon, avec ou sans quote-part minimum (8.4.4.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
39. Etes-vous pour l'exigence d'une personne morale distincte pour l'exercice de l'assurance collective de la prévoyance professionnelle (8.4.4.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
40. Etes-vous pour le fait de se concentrer sur la méthode de calcul basée sur le rendement ≠ résultat (8.4.4.4) ? <i>Version allemande : Sind Sie für eine Konzentration auf die ergebnisbasierte Methode? (ja)</i> <i>=&gt; le PS soutient la méthode basée sur le résultat / Ergebnisbasierte Methode</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

	Plutôt oui	Plutôt non
41. Etes-vous pour la définition d'une limite au solde du processus de risque en pourcentage des primes de risque (8.4.4.5) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
42. Etes-vous pour la solution globale « Transparence plus » (8.4.4.6) ? <i>Remarque</i> : cette solution peut être examinée. Le PS se montre favorable aux chiffres 3, 5 et 6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Chapitre 9 : Taux de conversion minimal</b>		
43. Approuvez-vous le contenu des points Analyse de la situation actuelle (9.1) et Analyse du problème (9.2) ? <i>Remarque</i> : le PS prend acte de l'état des lieux dressé dans le rapport en ce qui concerne le taux de conversion minimal. Cependant, il revendique une analyse plus pertinente et mieux documentée. En particulier, les hypothèses sur l'évolution de l'espérance de vie et des rendements des capitaux doivent être approfondies.  S'agissant du vieillissement démographique, les statistiques utilisées dans le rapport sont insuffisamment différenciées et ignorent le fait que les classes sociales en réalité concernées par une diminution du taux de conversion minimal ont le plus souvent une espérance de vie moindre. Une estimation du nombre de retraité-e-s qui seraient touchés par une réduction de rente fait par ailleurs défaut. En outre, d'autres évolutions influant favorablement - du point de vue des caisses de pensions - sur les prestations doivent être prises en compte, comme c'est le cas par ex. avec la réduction du nombre de rentes-invalidité.  Quant au potentiel des rendements, la réflexion doit se faire selon un contexte et un horizon temporel plus larges. Certes les rendements actuels sont bas, mais le PS doute qu'il faille faire l'économie d'une analyse circonstanciée sur les causes de ce faible niveau et sur la prolongation ou non de cette situation. Il convient également d'expliquer les différences notables entre les prévisions du DFF pour les taux d'intérêts futurs et celles produites dans le rapport. Au surplus, des perspectives financières à moyen et long terme dans le domaine global de la PP doivent être livrées.  Concernant les économies substantielles à réaliser sur les frais administratifs, et en particulier sur ceux entraînés par la gestion de fortune, le PS exige des propositions concrètes.  A propos de la votation populaire du 7 mars 2010 enfin, l'allégation selon laquelle « bien que la réforme ait été massivement rejetée, on admet largement aujourd'hui qu'un niveau de 6,4% sera approprié à l'horizon 2015 » (ch. 9.2.1) est des plus propagandiste. Pour le PS, non seulement les citoyen-ne-s de ce pays n'ont pas voulu d'une baisse des prestations assurées, mais ils ont aussi voulu signaler leur perte de confiance envers le 2 <sup>e</sup> pilier.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
44. Etes-vous pour l'adaptation du taux de conversion minimal (9.4.1.2) ? <i>Version allemande</i> : Sind Sie dafür der Mindestumwandlungssatz zu senken ? <i>Remarque</i> : la Constitution fédérale prévoit expressément que les rentes des 1 <sup>er</sup> et 2 <sup>e</sup> piliers permettent à chacun-e « de maintenir de manière appropriée son niveau de vie antérieur ». Aujourd'hui, cet objectif est déjà menacé pour nombre de personnes actives dont le revenu est peu élevé, si bien qu'une réduction de prestations supplémentaire n'est pas acceptable aux yeux du PS. Il y a tout juste deux ans, les citoyen-ne-s ont déjà clairement rejeté par 72,7% des voix une baisse du taux de conversion.  En l'état, le PS ne peut pas accepter une adaptation de ce paramètre de la LPP, à moins éventuellement et à condition que le niveau des prestations globales de la prévoyance vieillesse soit totalement maintenu, ce qui impliquerait un certain transfert du poids du 2 <sup>e</sup> pilier vers l'AVS.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

	Plutôt oui	Plutôt non
45. Etes-vous pour fixer le taux de conversion minimal dans la loi (9.4.1.3) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
46. Souhaitez-vous que le Conseil fédéral fixe le taux de conversion minimal (9.4.1.4) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
47. Etes-vous pour un relèvement de l'âge ordinaire de la retraite (9.4.1.5) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
48. Etes-vous pour fixer dans la loi le taux de conversion minimal à un niveau relativement bas et mettre en place un système de suppléments de rente variables (9.4.1.6) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
49. Souhaitez-vous que l'organe suprême de l'institution de prévoyance fixe le taux de conversion minimal (9.4.1.7) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
50. Etes-vous en faveur d'un abaissement de la déduction de coordination pour atténuer les effets de l'abaissement du taux de conversion minimal (9.4.2.2) ? <i>Remarque : le PS privilégie une amélioration des rentes AVS pour les personnes réalisant un bas ou moyen revenu.</i>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
51. Etes-vous en faveur d'un relèvement des bonifications de vieillesse pour atténuer les effets de l'abaissement du taux de conversion minimal (9.4.2.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
52. Etes-vous en faveur d'une anticipation du processus d'épargne pour atténuer les effets de l'abaissement du taux de conversion minimal (9.4.2.4) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
53. Etes-vous pour baser les prestations de risque sur le salaire assuré (9.4.2.5) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
54. Etes-vous en faveur d'une suppression des rentes d'enfant de pensionné pour atténuer les effets de l'abaissement du taux de conversion minimal (9.4.2.6) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
55. Etes-vous pour l'application de taux de conversion différents selon la mortalité (9.4.2.7) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
56. Etes-vous en faveur d'un recours à l'AVS pour financer des mesures transitoires (9.4.3.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
57. Etes-vous pour le financement des mesures transitoires par un prélèvement de cotisations qui n'entrent pas dans le calcul de la prestation de libre passage (9.4.3.3.1) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
58. Etes-vous pour le financement des mesures transitoires par la création d'un pool (9.4.3.3.2) ? <i>Remarque : cette proposition mérite un examen approfondi, notamment en ce qui concerne l'étendue de la solidarité et la base de calcul des contributions à verser au pool.</i>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
59. Quelle combinaison de mesures préférez-vous ? a) 45 + 50 & 51 + 58 b) 46 + 50 & 51 + 58 c) 47 + 50 & 51 + 58 d) 49 + 50 & 51 + 58 ...	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
60. Etes-vous en faveur de la fixation d'une fourchette de 3 % à 4,5 % pour le taux d'intérêt technique (9.4.4.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

	Plutôt oui	Plutôt non
61. Etes-vous pour l'abrogation de l'art. 8 OLP (9.4.4.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Chapitre 10 : Taux d'intérêt minimal</b>		
62. Approuvez-vous le contenu des points Analyse de la situation actuelle (10.1) et Analyse du problème (10.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
63. Souhaitez-vous que l'organe suprême fixe la rémunération de l'avoir de vieillesse (10.4.1.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
64. Souhaitez-vous que la formule de la majorité de la Commission LPP serve de base indicative pour le calcul du taux d'intérêt minimal (10.4.1.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Remarques : 		
<b>Chapitre 11 : Sous-couverture et mesures d'assainissement</b>		
65. Approuvez-vous le contenu des points Analyse de la situation actuelle (11.1) et Analyse du problème (11.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
66. Etes-vous pour élargir la possibilité de prélever des contributions d'assainissement auprès des rentiers (11.4.1.2) ?  <i>Remarque</i> : pour éviter les problèmes de sous-couverture, il va de soi qu'il faut en premier lieu veiller à ce que les rentes soient correctement financées. En cas de découvert en revanche, se pose la question de la participation aux mesures d'assainissement de l'institution de prévoyance.  Pour le PS, les mesures d'assainissement doivent être réparties de manière égale entre l'employeur et les salarié-e-s. Si ces derniers sont contraints d'accepter un taux d'intérêt nul, l'employeur doit apporter une contribution correspondante.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
67. Souhaitez-vous que les rentes se composent d'une partie garantie et d'une partie variable dépendant de la situation financière (11.4.1.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
68. Souhaitez-vous que les autorités de surveillance disposent d'une base légale permettant d'imposer des mesures d'assainissement (11.4.2.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
69. Souhaitez-vous que les institutions de prévoyance ayant une couverture suffisante puissent prendre des mesures de consolidation financière (11.4.3.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
70. Etes-vous favorable, lors de la résiliation d'un contrat d'affiliation, à un transfert des rentiers dans la nouvelle institution si aucun accord ne peut être conclu et que le contrat d'affiliation ne contient pas de règle sur ce point (11.4.4.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
71. Souhaitez-vous que les caisses de pension qui résilient leur contrat d'affiliation financent intégralement les prestations de rentiers qui ne changent pas d'institution (11.4.4.3) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
72. Souhaitez-vous que l'Institution supplétive prenne en charge les engagements des caisses de pension solvables affiliées à une institution de prévoyance insolvable (11.4.5.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
73. Souhaitez-vous que le Fonds de garantie reprenne les caisses de pension solvables affiliées à des institutions de prévoyance insolubles (11.4.5.3) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Plutôt  
oui

Plutôt  
non

Remarques :		
<b>Chapitre 12 : Liquidation partielle et cas de rigueur</b>		
74. Approuvez-vous le contenu des points Analyse de la situation actuelle (12.1) et Analyse du problème (12.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
75. Souhaitez-vous que les chômeurs âgés puissent transférer leur avoir de vieillesse à l'Institution supplétive et recevoir de celle-ci une rente à l'âge de la retraite (12.4.1.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
76. Souhaitez-vous que les institutions de libre passage soient tenues d'informer les assurés qu'une rente peut être achetée au moyen du capital (12.4.1.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
77. Souhaitez-vous que les institutions de libre passage soient tenues de verser les prestations aussi sous forme de rente (12.4.1.4) ? <i>Remarque</i> : la solution du problème doit être trouvée plutôt auprès de l'Institution supplétive, puisqu'avec cette solution, les institutions de libre passage devraient alors fonctionner comme des institutions de prévoyance.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
78. Souhaitez-vous que les chômeurs âgés puissent tout de même percevoir leur rente de leur dernière institution de prévoyance (12.4.1.5) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
79. Souhaitez-vous que la Commission de haute surveillance, en collaboration avec les associations professionnelles, précise les règles de la liquidation partielle (12.4.3.2) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Remarques :		
<b>Chapitre 13 : Simplifications et frais</b>		
80. Approuvez-vous le contenu du point Situation actuelle (13.1) ? <i>Remarque</i> : le PS prétend qu'avant de proposer une réduction des rentes, il est indispensable de réduire les frais administratifs et de gestion de fortune supportés par les assuré-e-s. Car aujourd'hui, au mépris du principe de l'assurance sociale, les frais ne se sont plus dans un rapport proportionnel aux prestations.  Selon l'étude réalisée pour l'Office fédéral des assurances sociales les frais de gestion de la fortune dans le 2 <sup>e</sup> pilier s'élèvent en effet au total à 3,9 milliards de francs. Par ailleurs, de l'aveu même de l'administration, « plus les frais de placement de la fortune sont élevés, plus le rendement net est réduit. Autrement dit, l'augmentation des frais de gestion de la fortune n'a, en général, pas été payante, mais a simplement réduit le résultat. On en conclut qu'il est justifié de porter une attention particulière aux frais ». Le potentiel d'économies s'avère donc considérable et cet argent devrait être mis à disposition pour financer les prestations. Or si le renforcement des prescriptions sur la transparence est à saluer, cela demeure hautement insuffisant. C'est pourquoi, le PS exige, au lieu de se contenter de constater les faits, que l'on en tire les conclusions politiques qui s'imposent et que des propositions pour réduire significativement les frais administratifs et de gestion soient enfin concrétisées.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
81. Etes-vous pour l'abrogation de l'art. 3 LPP (13.3.1.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
82. Etes-vous pour l'introduction d'un formulaire d'annonce électronique standard pour les cas de libre passage (13.3.1.3) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Plutôt oui	Plutôt non
83. Etes-vous pour une harmonisation du certificat de prévoyance (13.3.1.4) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
84. Etes-vous en faveur d'une suppression du délai de trois mois pour être assujéti à la LPP (13.3.1.5) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
85. Etes-vous pour une suppression de la distinction entre activité principale et activité accessoire (13.3.1.6) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
86. Souhaitez-vous que tous les salariés atypiques soient assurés auprès de l'Institution supplétive (13.3.1.7) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
87. Etes-vous pour une harmonisation des groupes de destinataires dans la prévoyance (13.3.1.8) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
88. Etes-vous pour un regroupement des dispositions sur la prévoyance professionnelle (13.3.1.9) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
89. Etes-vous pour une suppression de la déduction de coordination et du seuil d'accès (13.3.1.10) ? <i>Remarque</i> : il convient toutefois d'agir dans le domaine du travail à temps partiel en ce sens que les personnes qui occupent plusieurs emplois à faible taux d'occupation, du fait que la déduction de coordination est opérée plusieurs fois, ont une couverture insuffisante.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
90. Etes-vous pour une suppression de l'assurance facultative (13.3.1.11) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
91. Etes-vous pour une uniformisation des bonifications de vieillesse (13.3.1.12) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
92. Etes-vous pour une limitation ou une suppression des options individuelles (13.3.1.13) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
93. Etes-vous pour une suppression de la possibilité de préfinancer l'anticipation du versement des prestations de vieillesse (13.3.1.14) ?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
94. Etes-vous pour un relevé des frais sans effet sur les résultats mais connus (13.3.2.3) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
95. Etes-vous pour une amélioration de la transparence des produits financiers (13.3.2.4) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
96. Etes vous pour une inscription des frais de réassurance en tant que tels dans les comptes annuels (13.3.2.5) ?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Chapitre 14 : Transparence</b>		
97. Approuvez-vous le contenu des points Situation actuelle (14.1) et Analyse du problème (14.2) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
98. Souhaitez-vous que la Commission de haute surveillance, en collaboration avec les associations professionnelles, édicte des directives rendant possible une comparaison entre les résultats des institutions de prévoyance (14.4.1.2) ? <i>Remarque</i> : le PS soutient toute mesure qui contribue à favoriser la comparabilité des institutions de prévoyance, en particulier des fondations collectives et communes. Toutefois, il estime que la présente proposition n'est pas assez claire.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
99. Etes-vous pour une uniformisation des valeurs de référence utilisées par les institutions de prévoyance (14.4.1.3) ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Bern, 30. April 2012

Bundesamt für Sozialversicherungen  
Geschäftsfeld Internationales und  
berufliche Vorsorge  
Frau Martina Stocker  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

## **Bericht des Bundesrates zur Zukunft der 2. Säule**

### **Anhörungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Anhörung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

**Die berufliche Vorsorge in der Schweiz befindet sich in grossen strukturellen Problemen, die sich in den nächsten Jahren weiter dramatisch verschärfen werden. Mit einem langen Bericht verschleiert der Bundesrat diese Probleme. Die SVP fordert den Bundesrat deshalb auf, unverzüglich konkrete Massnahmen im Bereich des Mindestumwandlungssatzes, des Mindestzinssatzes und der Kapitaldeckungsgrade vorzulegen und umzusetzen. Im Weiteren sind wettbewerbsfördernde Elemente unter den Pensionskassen zu stärken, damit sich Qualität durchsetzen kann. Wettbewerbsschädigende Regulationen oder Vermischungen der 1. und 2. Säule sind hingegen unbedingt zu vermeiden.**

Der vorliegende Bericht zur Zukunft der 2. Säule ist sehr umfangreich und erfüllt den Anspruch einer breiten Auslegeordnung betreffend Altersvorsorge in der Schweiz. Darin liegt aber gleichzeitig auch die Gefahr, sich in der äusserst komplexen Materie zu verzetteln, auf vermeintlich einfach zu lösende Scheinprobleme zu fokussieren und die wirklich dringenden und grossen Probleme beiseite zu schieben. Die Herausforderungen zur mittel- und langfristigen Sicherung der 2. Säule sind gewaltig und werden unseres Erachtens durch den Bericht in dieser Form unterschätzt und verschleiert. Will man einen Kollaps des Systems vermeiden, sind nun rasch und konsequent Massnahmen umzusetzen. Es geht nicht an, konkrete Lösungsansätze auf später zu verschieben. Bereits heute ist das System der 2. Säule von dramatischen Ungleichgewichten und Umverteilungen, insbesondere zulasten der aktiven Generation, geprägt. Die SVP verzichtet auf das Ausfüllen des Fragebogens, weil dieser unseres Erachtens nicht zielführend ist und von Wesentlichem ablenkt. Wir werden hier auf den Bericht im Allgemeinen und auf ausgewählte Bereiche eingehen. Insgesamt fordert die SVP, dass die

dringenden systemischen Probleme wie z.B. der Umwandlungssatz, der Mindestzinssatz oder die Überprüfung und Anpassung des Deckungsgrades unverzüglich angegangen werden, um einer bereits eingesetzten dramatischen Erosion der beruflichen Vorsorge Einhalt zu gebieten.

### **Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System**

Vereinfacht ausgedrückt handelt es sich bei der 2. Säule um ein individuelles „Zwangssparen“, welches einerseits Rücksicht nimmt auf die persönlichen Umstände der Versicherten (Einkommensverhältnisse, Lebensstandard), andererseits aber durch vielfältige weitere Regulierungen (keine freie Wahl der Einrichtung, Anlagevorschriften, politisch bestimmte Rechenverfahren und Parameter etc.) geprägt ist. Dadurch entstehen systematische Fehlanreize, indem z.B. durch die Verwendung von Zins- und Umwandlungssätzen, die nicht den realen ökonomischen Gegebenheiten entsprechen, ein geschöntes Bild über die finanzielle Situation der Pensionskassen, deren Deckungsgrad oder deren Leistungsfähigkeit gezeichnet wird. Des Weiteren kann sich der Wettbewerb mit seinen Optimierungsfunktionen bezüglich Preis-Leistungsverhältnis nicht entfalten, weil die Versicherten an die Vorsorgeeinrichtung des Arbeitgebers gebunden sind. Dies mindert den Anreiz für die Kasse, ihre Kosten zu senken und die Performance zu verbessern. Noch mehr Regulierungen und Vorschriften beseitigen diese systematischen Fehlanreize jedoch nicht; stattdessen müsste mehr Wettbewerb erlaubt und die Wahlfreiheit bei den Pensionskassen eingeführt werden.

### **Ausdehnung der Versicherungspflicht**

Aus Sicht der SVP ist eine generelle Ausdehnung der Versicherungspflicht auf weitere Personenkreise wie Arbeitnehmer im Dienste mehrerer Arbeitgeber sowie Selbständigerwerbende kein Lösungsansatz. Das Problem der 2. Säule liegt nicht in einer zu geringen Anzahl an Teilnehmern. Für jene, die nach geltendem Recht nicht der beruflichen Vorsorge angeschlossen sind, genügt die Möglichkeit eines freiwilligen Beitritts zur 2. Säule. Allenfalls wäre eine Öffnung der 3. Säule für Nichterwerbstätige oder bei Erwerbsunterbrüchen als Ergänzung ins Auge zu fassen.

### **Kapitalvorbezug**

Die Möglichkeiten des Kapitalvorbezuges dürfen nach Ansicht der SVP nicht weiter reguliert oder gar eingeschränkt werden. Das Risiko, aufgrund eines vorzeitigen (Teil-)Kapitalbezuges bei der Rente die Ersatzquote nicht zu erreichen, ist ein individuelles Risiko, basierend auf individuellen Präferenzen und Entscheidungen. Es stellt ebenfalls keine Gefahr für das System der beruflichen Vorsorge selbst dar. Im Gegenteil ist es ein verbleibender – wenn auch minimaler – individueller Freiheitsgrad, die persönlichen Ersparnisse alternativ einzusetzen. Insbesondere der Kapitalvorbezug zum Erwerb von Wohneigentum ist ein bewährtes Instrument der Wohneigentumsförderung (WEF). Nachdem der Bundesrat nicht nur das Bausparen ablehnt, sondern auch die Abzugsfähigkeit der Hypothekarzinsen als Fehlanreiz kritisiert, wäre es noch unverständlicher, wenn nun auch der Kapitalbezug aus der 2. Säule eingeschränkt würde.

### **Kassenlandschaft**

Aus liberaler Sicht gibt es keine Notwendigkeit, durch staatliche Eingriffe die Anzahl oder Grösse der Pensionskassen steuern zu wollen. Im Gegenteil sind die Wettbewerbselemente zu stärken, damit sich erfolgreiche und qualitativ gut geführte Kassen durchsetzen. Selbstredend schliesst dies die Unterstützung der Idee einer staatlichen Einheitskasse aus. Ein Konzentrationsprozess aufgrund eines gesunden Wettbewerbs kann hingegen durchaus Synergien nutzbar machen, welche aber nicht unter staatlichem oder gesetzlichem Zwang zu Zusammenschlüssen herbeizuführen sind. In diesem Sinne begrüssen wir die im Bericht zum Ausdruck gebrachte Haltung der BVG-Kommission, welche hier ebenfalls keine valablen Lösungsansätze sieht.

### **Freie Pensionskassenwahl**

Die freie Pensionskassenwahl würde den dringend notwendigen Wettbewerb im Bereich der beruflichen Vorsorge deutlich fördern. Nur diese würde eine klare Kostentransparenz und Ressourceneffizienz bringen, da ein Versicherungsnehmer jederzeit die Pensionskasse wechseln könnte. Die freie Pensionskassenwahl entspricht auch der heutigen Realität, dass Arbeitnehmer viel häufiger ihren Arbeitgeber wechseln. Die Qualitätsansprüche der Versicherten an die Leistungserbringer und deren Professionalität erhöhen sich (die Kunden wechseln zu den erfolgreichen Leistungserbringern). Es ist klar, dass durch die freie Pensionskassenwahl zusätzlicher Werbeaufwand entsteht und die Anforderungen an die Versicherten in Bezug auf die Entscheidung, welcher Kasse sie sich anschliessen sollen, erhöht würden. Wir sind allerdings der Meinung, dass diese geringfügigen Nachteile die enormen Vorteile einer freien Pensionskassenwahl in keiner Weise überwiegen. Mit der freien Pensionskassenwahl müssten, entgegen den Aussagen im Bericht, die Kosten nicht festgelegt und die Produkte nicht standardisiert werden. Im Gegenteil, hier soll der freie Markt spielen. Einzig die Minimalbeiträge müssten festgelegt und der Vorsorgeausweis standardisiert werden, um die Vergleichbarkeit zwischen den Leistungserbringern sicherzustellen. Das Argument schliesslich, dass sich Arbeitgeber in Zukunft auf das BVG-Minimum beschränken könnten ist ebenfalls nicht stichhaltig. Genauso wie heute, können sich Arbeitgeber auch in Zukunft mittels überdurchschnittlicher Pensionskassenvergütungen differenzieren. Wir fordern, dass der Lösungsansatz einer Verbesserung der Wahl- und Wechselmöglichkeiten zwischen den Einrichtungen der 2. Säule weiterentwickelt wird, wobei zu prüfen ist, ob ein Vorgehen in kontrollierten Schritten möglich und sinnvoll wäre.

### **Anlagebestimmungen/Anlagerisiken/Kapitaldeckungsverfahren**

Verschärfungen der Anlagebestimmungen durch die Forderung nach aufwendiger Sonderbehandlung bestimmter Anlagekategorien (strukturierte Produkte bzw. alternative Anlagen) oder gar deren Verbot für Pensionskassen sind abzulehnen. Der Versuch, die Anlagerisiken durch solche Massnahmen zu vermindern führt nicht nur zu einer zwangsläufigen Renditereduktion sondern ist ein weiterer Schritt zur Unterbindung des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Vorsorgeeinrichtungen. Mit den umfangreichen Geldern aus dem institutionalisierten Zwangssparen der 2. Säule ist zweifellos sehr sorgfältig umzugehen. Für den Umgang mit komplexeren, risikoreichen Anlagen, welche aber andererseits ein hohes Renditepotenzial oder Diversifizierungs- und Absicherungsfunktionen

übernehmen, sind entsprechend erhöhte Anforderungen an Kompetenz des Managements und der Anlagepolitik zu stellen. Und auch hier wäre wiederum eine flexiblere Wahl- und Wechselmöglichkeit der Versicherten vorteilhaft, wenn diese z.B. weniger Risiken eingehen wollen als die Anlagepolitik ihrer momentanen Kasse vorsieht. Keine angemessene Lösung ist jedoch eine allgemeine Diskreditierung von bestimmten Finanzgeschäften wie Securities Lending, Repo-Geschäften, alternativer Anlagemöglichkeiten usw. Es ist unseriös, auf wenigen Seiten eines Bundesberichtes die Performance einiger Indizes über 4 oder 5 Jahre zu vergleichen und daraus den Bedarf für Einschränkungen oder Verbote bestimmter Finanzmarktgeschäfte oder -instrumente abzuleiten. Allenfalls ist zu prüfen, ob bestimmte Vorgaben hinsichtlich der Organisation und Befähigung der operativen Führung von Einrichtungen gemacht werden müssten, welche solche Investments in wesentlichem Umfang tätigen wollen.

### **Leistungsumfang und Finanzierung**

Die zentralen und systemgefährdenden Probleme der 2. Säule werden erst gegen Ende des Berichtes in den Kapiteln 9 „Mindestumwandlungssatz“, 10 „Mindestzinssatz“ und 11 „Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen“ aufgegriffen.

Der Mindestumwandlungssatz legt die jährliche Rentenhöhe in Prozent des angesparten Alterskapitals fest. Er müsste sowohl die in der Vergangenheit deutlich gestiegene Lebenserwartung, wie auch die gesunkenen Renditemöglichkeiten an den Finanzmärkten beinhalten, was beides zu einer Senkung dieses Satzes hätte führen müssen. Da die Satzbestimmung jedoch politisch erfolgt, konnten die rein technisch-mathematisch notwendigen und begründeten Anpassungen nicht vorgenommen werden, so dass der Satz heute deutlich zu hoch ist und folglich viel zu hohe Renten auf Kosten künftiger Generationen ausgezahlt werden. Das Kapitaldeckungsverfahren der 2. Säule wandelt sich so schleichend in Richtung Umlageverfahren. Diese schädliche Entwicklung ist vor allem wegen der seit längerem steigenden Lebenserwartung bereits seit vielen Jahren im Gange. Sie wird heute durch die massiv reduzierten Renditeerwartungen an den Finanzmärkten weiter verstärkt. Die aktuellen Neurenten sind wegen dieses doppelten Effektes massiv überhöht. Es wäre darum absolut notwendig, die Deckungsgrade der Pensionskassen basierend auf realistischen, d.h. deutlich reduzierten Zinsannahmen zu überprüfen. Dabei würden sich bereits heute erschreckende Unterdeckungen bei vielen Pensionskassen zeigen und die Notwendigkeit von Sanierungsmassnahmen und eines Systemumbaus verdeutlicht.

Damit die 2. Säule mittel- und langfristig gerettet werden kann, werden unweigerlich unpopuläre, aber technisch-operative und nachvollziehbare Massnahmen nötig sein. Diese wiederum dürfen nicht zum Spielball der Politik werden, sondern müssten in einem allgemeineren Konsens akzeptiert werden. Beispielsweise sollte die Bestimmung des Umwandlungssatzes sowie des technischen Zinssatzes entpolitisiert und auf korrekten demographischen Daten (Bevölkerungs- bzw. Altersentwicklung) sowie realistischen Kapitalmarktprognosen basiert werden. Dies könnte beispielsweise mit Hilfe eines Anpassungsautomatismus an bestimmte Parameter erfolgen. Ebenso sind Flexibilisierungen bei der Rentenhöhe sowie längere Beitragszeiten in Betracht zu fassen. Letztlich muss sich die Einsicht durchsetzen, dass rechtzeitige Korrekturen versäumt wurden und nun keine

„schmerzlose Heilung“ möglich ist. Bei allen Lösungsvarianten ist darauf zu achten, dass der Faktor Arbeit nicht durch höhere Beiträge oder sonstigen Belastungen der Wirtschaft weiter verteuert wird. Umbau- oder Sanierungsmassnahmen dürfen nie dazu verwendet werden, die AHV mit der 2. und 3. Säule zu verknüpfen, weder systematisch noch durch finanzielle Transfers. Schliesslich lehnen wir auch eine Garantie einer minimalen Leistungshöhe, unabhängig von den einbezahlten Beträgen, ab, da dies eine Entwicklung hin zu einem System im Umlageverfahren bedeuten würde.

### **Zusammenfassung**

**Den Verfassern dieses Berichtes gebührt Dank für die Erstellung dieser umfangreiche Auslegeordnung. Es wäre allerdings ein grosser Fehler, wenn nun auf Neben- oder Scheinprobleme fokussiert würde; eine Gefahr, die aus Sicht der SVP heute in hohem Masse besteht. Wie in den ersten vier Abschnitten dieser Stellungnahme dargelegt wurde, sind weder neue ausufernde Regulierungen noch eine Festigung der weitgehend wettbewerbsverhindernden Strukturen der 2. Säule taugliche Lösungsansätze. Die Politik kann nur durch die Förderung von mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit und durch eine Entpolitisierung bestimmter Parameter und Verfahren in der Altersvorsorge zur Rettung der 2. Säule beitragen. Die SVP fordert deshalb den Bundesrat auf, nun ohne Verzögerung konkrete Massnahmen zu erarbeiten und vorzulegen, welche die zentralen Probleme im Bereich der Abstimmung von Rentenleistungen mit den realen Finanzierungsmöglichkeiten anpacken. Dazu gehört insbesondere die rasche Anpassung des Umwandlungssatzes und die Überprüfung und transparente Darlegung der aktuellen Deckungsgrade der Pensionskassen. Betrachtet man die Altersvorsorge gesamthaft – also alle drei Säulen – so ist stets darauf zu achten, dass die 1. Säule (AHV) strikt separat behandelt wird. Die AHV im Umlageverfahren basiert auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen, indem die Erwerbstätigen und die Wirtschaft mit ihren Beiträgen die Renten der Pensionierten finanzieren. Im Gegensatz dazu stützen sich die 2. und 3. Säule auf das Prinzip der Eigenverantwortung und Selbstvorsorge. Beide Prinzipien haben ihre eigenen Vor- und Nachteile, ergänzen sich und ermöglichen so eine nachhaltige und stabile Altersversorgung. Eine Vermischung der beiden Prinzipien würde jedoch schwere neue Fehlanreize schaffen und die mittelfristige Finanzierbarkeit der 2. Säule infrage stellen.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

### **SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident



Toni Brunner  
Nationalrat

Der Generalsekretär



Martin Baltisser

Grünliberale Partei Schweiz  
Postfach 367, 3000 Bern 7

Eidgenössisches Departement des Innern  
Herr Bundesrat Alain Berset  
c/o Bundesamt für Sozialversicherungen  
3003 Bern

30. April 2012

Ihr Kontakt: Sandra Gurtner-Oesch, Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch

## **Entwurf des Berichts zur Zukunft der 2. Säule: Fragebogen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank, dass Sie uns die Möglichkeit eingeräumt haben, zum Entwurf des Berichtes zur Zukunft der 2. Säule des BSV Stellung nehmen zu können. Wir haben den Fragebogen ausgefüllt und, wo nötig, mit Hinweisen versehen und legen diesen dem vorliegenden Schreiben bei. Der Stellungnahme im Fragebogen vorangehend möchten wir noch ein paar grundsätzliche Überlegungen anbringen.

### **1. Grundlage der Vorsorge in der Schweiz**

Der beruflichen Vorsorge kommt im bewährten System der Vorsorge nach dem 3-Säulen-Prinzip in der Schweiz die Rolle einer über den Grundbedarf hinausführenden Altersvorsorge zu. Als Ergänzung zur nach dem Umlageverfahren finanzierten AHV soll die berufliche Vorsorge nach der Konzeption gemäss dem Kapitaldeckungsverfahren finanziert werden, was dem System der Altersvorsorge ein gewisse Stabilität bringen soll. Die Schweiz ist im Ausland für dieses zukunftssträchtige Modell der Altersvorsorge wiederholt gelobt und als vorbildlich bezeichnet worden. Die aktuellen Entwicklungen in der zweiten Säule, insbesondere die Unterdeckungen in den Versicherungseinrichtungen, gefährden aus unserer Sicht aber die Stabilität dieses Modells. Es gilt nun mit entsprechenden Massnahmen das finanzielle Gleichgewicht der zweiten Säule wieder so rasch als möglich herzustellen.

### **2. Prämissen**

Damit die Massnahmen mehrheitsfähig sind und keine zusätzlichen Probleme in anderen Politikbereichen schaffen, müssen sie sich aus unserer Sicht an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Schnellstmögliche Rückkehr zum reinen Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule. Es darf keinen Ausbau der Leistungen der zweiten Säule geben, wenn dieser nicht durch entsprechende Beiträge (unter Einrechnung von Sicherheit wie bspw. der Schwankungsreserve) nachhaltig gesichert ist;

- Beibehaltung bewährter Finanzierungsmittel und -formen;
- Administrative Entlastung der Vorsorgeeinrichtungen durch die Vereinfachung von Verfahren und der Abläufe bei gleichzeitigem Ausbau der Transparenz, um die Vergleichbarkeit von verschiedenen Einrichtungen möglich zu machen;
- Entpolitisierung von versicherungstechnischen Parametern wie Umwandlungssatz, Mindestverzinsung etc.
- Stärkung und moderate Zentralisierung der Aufsichtsorgane

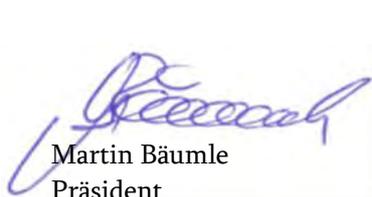
Unter diesen Prämissen stehen unsere Positionsbezüge im beiliegenden Fragebogen.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen folgende Personen zur Verfügung:

- Thomas Weibel, Nationalrat, Tel. 078 602 13 57
- Daniel Imthurn, Leiter der internen Arbeitsgruppe Sozialversicherungen, Tel. 076 575 62 66
- Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin glp Schweiz, Tel. 078 766 04 60

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
Grünliberale Partei Schweiz

 Martin Bäumle Präsident	 Sandra Gurtner-Oesch Generalsekretärin
---	--

## Anhörung zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule - Fragebogen

Name: glp Grünliberale Partei der Schweiz

Die Lösungsansätze, welche für die BVG-Kommission eine Option darstellen, sind grün hinterlegt.

In den Rubriken Bemerkungen in diesem Fragebogen gehen wir nur kurz auf jene Punkte ein, im Fragebogen Abweichungen von der Meinung der BVG-Kommission ergeben haben. Zu den grundsätzlichen Erwägungen verweisen wir auf unser Begleitschreiben.

Eher ja    Eher  
nein

<b>Kapitel 1: Einleitung</b>		
Teilen Sie die in der Einleitung (Kapitel 1) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Keine		
<b>Kapitel 2: Die Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System</b>		
1. Teilen Sie die in der Ausgangslage (2.1) und der Problemanalyse (2.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
2. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 2. Säule bei Erwerbsunterbrüchen zu erweitern (2.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	X
3. Sind Sie dafür, Arbeitnehmende im Dienste mehrerer Arbeitgeber der obligatorischen Versicherung zu unterstellen, wenn die Summe ihrer Löhne die BVG-Schwelle erreicht (2.4.2.3)?	<input type="checkbox"/>	X
4. Sind Sie dafür, die Information zur freiwilligen Versicherung durch eine Weisung der Oberaufsichtskommission zu verbessern (2.4.2.4)?	<input type="checkbox"/>	X
5. Sind Sie dafür, die Selbstständigerwerbenden der obligatorischen Versicherung zu unterstellen (2.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>	X
6. Sind Sie dafür, in Sachen Kapitalbezüge den status quo zu belassen (2.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	X
7. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>vollständig</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.3)?	X	<input type="checkbox"/>
8. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>teilweise</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.4)?	<input type="checkbox"/>	X
9. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen nicht vorsehen können, bei der Pensionierung mehr als ein Viertel des Altersguthabens als Kapital auszubezahlen (2.4.3.5)?	<input type="checkbox"/>	X
10. Sind Sie dafür, dass das Altersguthaben zu Zwecken der Wohneigentumsförderung nur noch in der Höhe, wie es im Alter 40 bestand, bezogen werden kann (2.4.3.6)?	<input type="checkbox"/>	X

11. Sind Sie dafür, dass jegliche Möglichkeiten des Kapitalbezugs abgeschafft werden (2.4.3.7)?	<input type="checkbox"/>	X
12. Sind Sie dafür, dass geringfügige Altersguthaben nicht mehr bar ausgezahlt werden können (2.4.3.8)?	<input type="checkbox"/>	X
13. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 3. Säule bei Erwerbsunterbrüchen einzuführen (2.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	X
14. Sind Sie dafür, das Mindestrücktrittsalter auf 60 Jahre anzuheben (2.4.5.2)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 2: Diese bedeutet einen Ausbau der 2. Säule, von der aber nicht diejenigen profitieren können, die dies notwendig hätten (Wenigverdienende haben meist keine Möglichkeit, bei Erwerbsunterbrüchen selbständig Beiträge zu zahlen). Frage 3: Ist administrativ zu aufwendig, wenn alle Arbeitgeber zusammengenommen werden müssten. Viele Fragen dazu sind offen. Frage 7 und 8: AHV + obligatorischer Teil der zweiten Säule decken den Minimalbedarf. Für die Verwendung des überobligatorischen Teils der zweiten Säule sollte die Eigenverantwortung zum Tragen kommen. Frage 10: Diese Grenze wäre eindeutig zu früh angesetzt, insbesondere für Personen mit langer Ausbildung. Frage 13. Auch hier könnten hauptsächlich jene Kreise davon profitieren, die einen Ausbau der Altersvorsorge an sich nicht nötig haben.		
<b>Kapitel 3: Kassenlandschaft</b>		
15. Teilen Sie die in der Ausgangslage (3.1) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
16. Sind Sie für die Einheitskasse (3.3.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X
17. Sind Sie für die Festlegung einer Mindestgrösse für Vorsorgeeinrichtungen (3.3.1.4)?	<input type="checkbox"/>	X
Bemerkungen: Keine		
<b>Kapitel 4: Freie Pensionskassenwahl</b>		
18. Teilen Sie die in der Ausgangslage (4.1) und der Problemanalyse (4.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
19. Sind Sie dafür, ein Wahlmodell einzuführen (4.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X
20. Sind Sie dafür, in Sachen freie Pensionskassenwahl den status quo zu belassen (4.4.1.3)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Keine		
<b>Kapitel 5: Parität</b>		
21. Teilen Sie die in der Ausgangslage (5.1) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
22. Sind Sie dafür, dass die Durchführung von Wahlen bei grossen Sammeleinrichtungen mittels einer Weisung der Oberaufsichtskommission verbessert wird (5.3.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X

Bemerkungen:   Allfällige Empfehlungen genügen. Die Administration darf nicht weiter erhöht werden, da dies zu unnötigen Kosten führt.		
<b>Kapitel 6: Anlagebestimmungen / Anlagerisiken / Kapitaldeckungsverfahren</b>		
23. Teilen Sie die in der Ausgangslage (6.1) und der Problemanalyse (6.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
24. Sind Sie dafür, an Zweckgesellschaften ausgelagerte Forderungen (insb. synthetische und restrukturierte Forderungen) anders zu behandeln als klassische feste Forderungen (6.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X
25. Sind Sie dafür, die Securities Lending und Repo Geschäfte zu regeln (6.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	X
26. Sind Sie dafür, die Anlagelimiten anzupassen (6.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	X
Bemerkungen:   Der Spielraum der Kassen darf gesetzlich nicht noch mehr eingeschränkt und verkompliziert werden. Hingegen können Empfehlungen zu den Risiken an Kassen hilfreich sein.		
<b>Kapitel 7: Solvenz und Wertschwankungsreserven</b>		
27. Teilen Sie die in der Ausgangslage (7.1) und der Problemanalyse (7.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
28. Sind Sie dafür, für autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen eine einheitliche Methode zur Bestimmung des Zielwerts der Wertschwankungsreserve zu definieren (7.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X
29. Sind Sie dafür, die Wertschwankungsreserve als versicherungstechnisch notwendiges Vorsorgekapital zu behandeln (7.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	X
30. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen den ökonomischen Deckungsgrad als internes Instrument verwenden (7.4.1.4)?	X	<input type="checkbox"/>
31. Sind Sie dafür, Leistungsverbesserungen bei unvollständig geäußelter Wertschwankungsreserve nicht mehr zuzulassen (7.4.2.2)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:   Empfehlungen genügen, es sollen im Sinne der Eigenverantwortung keine gesetzlichen Vorgaben erfolgen.		
<b>Kapitel 8: Vollversicherung und Mindestquote</b>		
32. Teilen Sie die in der Ausgangslage (8.1) und der Problemanalyse (8.2) gemachten Aussagen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
33. Sind Sie dafür, dass die nachträgliche Verrechnungsmöglichkeit von administrativen Kosten aufgehoben wird und autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen kostendeckende Kostenprämien erheben (8.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
34. Sind Sie dafür, dass die glättenden Funktion des Überschussfonds eingeschränkt wird bzw. dass der (freie) Überschussfonds abgeschafft wird (8.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
35. Sind Sie dafür, dass die Höhe der Mindestquote (unter Beachtung des SST) überprüft wird (8.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
36. Sind Sie dafür, dass ein Zielkapital für die berufliche Vorsorge mit einer bestimmten Entschädigung festgelegt wird (8.4.3.3)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Sind Sie dafür, dass den kollektiven Sammeleinrichtungen die Vollversicherung verboten wird bzw. dass ihnen nur noch die Risikorückdeckung erlaubt wird (8.4.4.1)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
38. Sind Sie dafür, dass das angelsächsische Modells mit oder ohne Mindestquotenregelung eingeführt wird (8.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
39. Sind Sie dafür, dass für die Kollektivversicherung berufliche Vorsorge eine separate juristische Person gebildet wird (8.4.4.3)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
40. Sind Sie für eine Konzentration auf die ergebnisbasierte Methode (8.4.4.4)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
41. Sind Sie dafür, dass der Saldo des Risikoprozesses in Prozenten der Risikoprämien beschränkt wird (8.4.4.5)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
42. Sind Sie für die Paketlösung „Transparenz plus“ (8.4.4.6)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Keine		
<b>Kapitel 9: Mindestumwandlungssatz</b>		
43. Teilen Sie die in der Ausgangslage (9.1) und der Problemanalyse (9.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
44. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz zu senken (9.4.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
45. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz im Gesetz festzulegen (9.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	X
46. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom Bundesrat festgelegt wird (9.4.1.4)?	X	<input type="checkbox"/>
47. Sind Sie dafür, das Rücktrittsalter anzuheben (9.4.1.5)?	X	<input type="checkbox"/>
48. Sind Sie dafür, den Umwandlungssatz im Gesetz auf einen vorsichtigen Wert festzulegen und ein System mit variablen Rentenzuschlägen einzuführen (9.4.1.6)?	X	<input type="checkbox"/>
49. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom obersten Organ der Vorsorgeeinrichtung festgelegt wird (9.4.1.7)?	X	<input type="checkbox"/>
50. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Koordinationsabzug zu senken (9.4.2.2)?	X	<input type="checkbox"/>
51. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Altersgutschriften zu erhöhen (9.4.2.3)?	X	<input type="checkbox"/>
52. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Sparprozess früher zu beginnen (9.4.2.4)?	X	<input type="checkbox"/>
53. Sind Sie dafür, die Höhe der Risikoleistungen anhand des versicherten Lohns zu definieren (9.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>	X
54. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Pensionierten-Kinderrenten abzuschaffen (9.4.2.6)?	X	<input type="checkbox"/>
55. Sind Sie dafür, einen nach der Sterblichkeit differenzierten Mindestumwandlungssatz zu verwenden (9.4.2.7)?	<input type="checkbox"/>	X
56. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels der 1. Säule zu finanzieren (9.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	X

57. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels Beiträgen, die nicht in die Berechnung der Freizügigkeitsleistung einfließen, zu finanzieren (9.4.3.3.1)?	<input type="checkbox"/>	X
58. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels eines Pools zu finanzieren (9.4.3.3.2)?	<input type="checkbox"/>	X
59. Welche Kombination von Massnahmen bevorzugen Sie? a) 45 + 50&51 + 58 b) 46 + 50&51 + 58 c) 47 + 50&51 + 58 d) 49 + 50&51 + 58 e) 46 + 49 + 50 + 51 + 52	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	X X X X
60. Sind Sie dafür, die Bandbreite für den technischen Zinssatz auf zwischen 3 und 4.5% festzulegen (9.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	X
61. Sind Sie dafür, Art. 8 FZV zu streichen (9.4.4.3)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 48: Dies wäre aus unserer Sicht eine Möglichkeit und wäre weiter zu diskutieren. Frage 54: Hier ist aus unserer Sicht eine Kürzung möglich. Frage 58: Dies widerspricht dem Sinn der 2. Säule, dass jede Generation für sich selber ihre Vorsorge betreiben soll. Frage 59: Die Massnahmen gemäss Bst. e sind aus unserer Sicht richtig. Der Bundesrat sollte gemäss Frage 46 eine Bandbreite für den Mindestumwandlungssatz festlegen, das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung sollte den genauen Mindestumwandlungssatz bestimmen.		
<b>Kapitel 10: Mindestzinssatz</b>		
62. Teilen Sie die in der Ausgangslage (10.1) und der Problemanalyse (10.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
63. Sind Sie dafür, dass die Verzinsung der Altersguthaben vom obersten Organ frei entschieden werden kann (10.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	X
64. Sind Sie dafür, dass die Mehrheitsformel der BVG-Kommission indikativ als Basis zur Berechnung des Mindestzinssatzes verwendet wird (10.4.1.3)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Keine		
<b>Kapitel 11: Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen</b>		
65. Teilen Sie die in der Ausgangslage (11.1) und der Problemanalyse (11.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
66. Sind Sie dafür, dass von Rentnern vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können (11.4.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
67. Sind Sie dafür, dass die Renten aus einem garantierten und einem variablen, von der finanziellen Lage abhängigen Teil bestehen (11.4.1.3)?	X	<input type="checkbox"/>
68. Sind Sie dafür, dass die Aufsichtsbehörden ein Mittel erhalten, um Sanierungsmassnahmen durchzusetzen (11.4.2.2)?	X	<input type="checkbox"/>
69. Sind Sie dafür, dass Vorsorgeeinrichtungen in Überdeckung Massnahmen zur	X	<input type="checkbox"/>

finanziellen Konsolidierung treffen können (11.4.3.2)?		
70. Sind Sie dafür, dass der Rentnerbestand bei der Auflösung eines Anschlussvertrags in die neue Kasse mitgenommen werden soll, wenn keine Vereinbarung erzielt werden kann und der Anschlussvertrag nichts vorsieht (11.4.4.2)?	X	<input type="checkbox"/>
71. Sind Sie dafür, dass Vorsorgewerke, die ihren Anschlussvertrag auflösen, verpflichtet werden, die zurückgelassenen Rentner auszufinanzieren (11.4.4.3)?	X	<input type="checkbox"/>
72. Sind Sie dafür, dass die Auffangeinrichtung Rentenverpflichtungen von solventen Vorsorgewerken, die bei einer insolventen Vorsorgeeinrichtung versichert sind, übernimmt (11.4.5.2)?	<input type="checkbox"/>	X
73. Sind Sie dafür, dass solvente Vorsorgewerke, deren Vorsorgeeinrichtung insolvent geworden ist, an den Sicherheitsfonds angeschlossen werden (11.4.5.3)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 68: Es gibt sicher gute Mittel, eine verstärkte Aufsicht tut not.		
<b>Kapitel 12: Teilliquidation und Härtefälle</b>		
74. Teilen Sie die in der Ausgangslage (12.1) und der Problemanalyse (12.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
75. Sind Sie dafür, dass ältere arbeitslose Personen ihr Altersguthaben bei der Auffangeinrichtung einbringen können, welche ihnen bei der Pensionierung eine Rente auszahlt (12.4.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
76. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen darüber informieren müssen, dass mit dem Kapital eine Rente eingekauft werden kann (12.4.1.3)?	X	<input type="checkbox"/>
77. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen verpflichtet werden, Leistungen in Rentenform auszurichten (12.4.1.4)?	<input type="checkbox"/>	X
78. Sind Sie für die Schaffung der Möglichkeit für ältere arbeitslose Personen, den Rentenbezug bei der letzten Vorsorgeeinrichtung aufzuschieben (12.4.1.5)?	X	<input type="checkbox"/>
79. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden die Teilliquidationsvoraussetzungen präzisiert (12.4.3.2)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 77: Auch hier finden wir, diese Massnahme würde einer übermässigen Zunahme der Administration in der zweiten Säule führen.		
<b>Kapitel 13: Vereinfachungen und Kosten</b>		
80. Teilen Sie die in der Ausgangslage (13.1) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
81. Sind Sie dafür, Art. 3 BVG aufzuheben (13.3.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
82. Sind Sie dafür, einen elektronischen, standardisierten Meldezettel bei einem Freizügigkeitsfall einzuführen (13.3.1.3)?	X	<input type="checkbox"/>
83. Sind Sie dafür, den Vorsorgeausweis zu standardisieren (13.3.1.4)?	X	<input type="checkbox"/>
84. Sind Sie dafür, die 3-Monatsfrist zur Unterstellung unter das BVG aufzuheben (13.3.1.5)?	<input type="checkbox"/>	X
85. Sind Sie dafür, die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerb aufzuheben (13.3.1.6)?	X	<input type="checkbox"/>

86. Sind Sie dafür, alle atypischen Arbeitnehmer bei der Auffangeinrichtung zu versichern (13.3.1.7)?	<input type="checkbox"/>	X
87. Sind Sie dafür, die Destinatärkreise in der Vorsorge zu harmonisieren (13.3.1.8)?	X	<input type="checkbox"/>
88. Sind Sie dafür, die Bestimmungen zur beruflichen Vorsorge zu konzentrieren (13.3.1.9)?	X	<input type="checkbox"/>
89. Sind Sie dafür, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle aufzuheben (13.3.1.10)?	<input type="checkbox"/>	X
90. Sind Sie dafür, die freiwillige Versicherung aufzuheben (13.3.1.11)?	X	<input type="checkbox"/>
91. Sind Sie dafür, einheitliche Altersgutschriften einzuführen (13.3.1.12)?	<input type="checkbox"/>	X
92. Sind Sie dafür, dass die Individualisierungsmöglichkeiten in der beruflichen Vorsorge eingeschränkt oder abgeschafft werden (13.3.1.13)?	<input type="checkbox"/>	X
93. Sind Sie dafür, dass die Vorfinanzierung des Vorbezugs der Altersleistungen nicht mehr möglich ist (13.3.1.14)?	<input type="checkbox"/>	X
94. Sind Sie dafür, dass nicht erfolgswirksame, aber bekannte Kosten erfasst werden (13.3.2.3)?	X	<input type="checkbox"/>
95. Sind Sie dafür, dass die Transparenz der Finanzprodukte verbessert wird (13.3.2.4)?	<input type="checkbox"/>	X
96. Sind Sie dafür, dass die Kosten der Rückversicherung in der Jahresrechnung separat ausgewiesen werden (13.3.2.5)?	X	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 87: Mit dieser Massnahme könnte aus unserer Sicht eine zweckmässige Vereinfachung herbeigeführt werden. Frage 90: Dies führt zu einer Vereinfachung. Frage 91: Als langfristiges Ziel aber durchaus prüfenswert.   Frage 94: Dient der Transparenz, einfach einzurichten. Frage 95: zu aufwendig, Ertrag zu gering. Frage 96: Dient der Transparenz, einfach einzurichten.		
<b>Kapitel 14: Transparenz</b>		
97. Teilen Sie die in der Ausgangslage (14.1) und der Problemanalyse (14.2) gemachten Aussagen?	X	<input type="checkbox"/>
98. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden Weisungen zur Vergleichbarkeit von Vorsorgeeinrichtungen erlässt (14.4.1.2)?	X	<input type="checkbox"/>
99. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen zwecks Vergleichbarkeit einheitliche Benchmarks verwenden (14.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	X
Bemerkungen: Keine		

**Parti Evangélique Suisse**

Secrétariat Général

Nägelligasse 9

Postfach 294

3000 Bern

Tél. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Office fédéral des assurances sociales  
Domaine Affaires internationales et  
prévoyance professionnelle  
Mme Martina Stocker  
Effingerstrasse 20  
3003 Berne

Berne, le 30. avril 2012

**Projet de rapport sur l'avenir du 2ème pilier**

**Réponse du Parti Evangélique Suisse (PEV) dans le cadre de la procédure d'audition**

Monsieur le Conseiller fédéral

Madame, Monsieur,

Le PEV vous transmet ses remerciements quant à la possibilité de prendre position sur le rapport mentionné.

Le PEV porte beaucoup d'attention à la question importante de la prévoyance vieillesse qui est un des thèmes sociétaux centraux d'aujourd'hui et de demain. Et c'est précisément en pensant à demain, qu'il est vital de se pencher dès aujourd'hui de manière sérieuse sur la révision de la LPP.

Le PEV soutenant le projet d'adaptation du taux de conversion minimal dans la prévoyance professionnelle qui a échoué devant le peuple le 7 mars 2010, reconnaissait ainsi la **nécessité d'agir afin de garantir l'efficacité de la LPP à long terme**. L'avenir du système doit être assuré en tenant compte de l'augmentation de l'espérance de vie, de l'évolution des marchés financiers, du marché du travail et de l'organisation des caisses de pension. La **solidarité intergénérationnelle** en matière de 2ème pilier, soit garantir la **pérennité du système** pour les générations à venir, fait partie des préoccupations du PEV en matière de prévoyance vieillesse. Le système doit être viable et solide non seulement pour la génération actuelle de rentiers, mais également pour les générations futures. C'est pourquoi le PEV soutient toute révision de la LPP allant dans le sens du renforcement financier des caisses pour garantir un revenu financier suffisant des retraités d'aujourd'hui et de demain.

En tenant compte de l'augmentation de l'espérance de vie, le PEV est ainsi d'avis qu'une **adaptation du taux de conversion est inévitable** et estime que le plus tôt sera le mieux. Cela est nécessaire afin de garantir au plus vite la pérennité financière des caisses et **éviter** autant que possible la nécessité de combler les déséquilibres existants ou menaçants par une **diminution des prestations** ou par une **hausse des cotisations** des actifs et de leurs employeurs. Ces cotisations ne seraient plus une « capitalisation propre », mais deviendraient une source pour la redistribution, ce qui n'est pas l'objectif du 2ème pilier. Cela doit absolument

être évité, car il s'agit d'un engrenage difficile à stopper. L'adaptation de ce taux est également essentielle, car au taux actuel l'écart entre le capital et les rentes doit être comblé notamment par des stratégies de placement de plus en plus risquées, mettant en danger l'équilibre financier global des caisses.

Le taux de conversion doit être adapté non seulement à l'augmentation de l'espérance de vie, mais également au rendement sur capital. Cette question est reprise plus bas en relation avec la situation sur les marchés financiers.

Afin de permettre d'atteindre ces objectifs, le PEV estime notamment que le taux de conversion doit être flexible et adaptable rapidement, techniquement juste, équitable et permettant de satisfaire aux exigences relatives au taux de remplacement. Le PEV soutient par conséquent la proposition de ne plus inscrire ce taux dans la loi, modèle qui ne permet pas d'adaptation rapide.

De plus, le PEV estime que le **relèvement de l'âge de la retraite** est un des outils incontournables dans le but de solidifier à long terme le 2ème pilier.

Considérant la situation du marché du travail à moyen et long terme, en relation avec l'augmentation de l'espérance de vie, la précarisation des contrats de travail pour certaines catégories d'actifs et les **classes salariales inférieures**, le PEV soutient les mesures visant à améliorer la situation pour des personnes aux carrières atypiques ne satisfaisant a priori pas les conditions actuelles d'accès au 2ème pilier et des parents interrompant leur carrière afin de se consacrer à l'éducation de leurs enfants ainsi que des indépendants. Des réformes garantissant une meilleure couverture de ces catégories sont nécessaires. Si cela doit passer par l'AVS, comme le mentionne le rapport pour certains points, des mesures à long terme doivent être adoptées pour renforcer ce volet de la prévoyance vieillesse en parallèle, puisque le 2ème pilier ne les couvre pas suffisamment.

Le PEV, inquiet également de la situation des marchés financiers et conscient des dangers liés à la spéculation financière, soutient les mesures permettant aux caisses de pensions d'assurer un **rendement suffisant en évitant les placements à risque et les spéculations inutiles**. **Réglementer les dispositions sur les placements** est nécessaire afin de limiter le report des risques sur les assurés et les prestations. Un système à deux vitesses permettant une prise de risques supplémentaires pour ceux qui le désirent n'est pas acceptable. La sécurité financière des caisses doit être assurée afin que les assurés n'en fassent pas les frais. Cela vaut également pour la couverture des frais administratifs des caisses et pour la question des quote-parts. De plus, des règlements clairs et cohérents concernant les honoraires et salaires des consultants et conseillers en investissements doivent être édités. Les provisions (« kickbacks ») doivent être interdites et la question des profits des fondations collectives gérées par des assureurs privés doit être traitée de manière juste et transparente. Le PEV soutient toutes les modifications qui ne lèsent ni les assurés ni les cotisants et qui encouragent la transparence ainsi que l'efficacité.

Le PEV s'oppose également aux options allant dans le sens d'une **caisse unique**, option considérée comme comportant des risques trop lourds de conséquences en cas de difficultés sur le plan financier.

Le PEV souhaite que la perception du 2ème pilier lors de la retraite puisse, à l'avenir, se faire **principalement sous forme de rentes** et le retrait sous forme de capital strictement réglementé. Le retrait de la part obligatoire doit être entièrement interdite, dans la mesure où cette possibilité augmente le risque que ce capital soit trop rapidement dissolu et que l'aide sociale doive ensuite intervenir. Le PEV préconise par conséquent que seule **la part surobligatoire** du capital vieillesse puisse être entièrement ou partiellement retirée **sous forme de capital**. Le PEV souhaite ainsi limiter le recours à l'aide sociale par un moyen simple et efficace, ne faisant aucune injustice. La possibilité de retrait pour **l'accès à la propriété** resterait possible. Néanmoins, il est nécessaire que cette possibilité soit à l'avenir conditionnée par un âge différent de la limite actuelle : **40 ans** à l'avenir et **non plus 50 ans**, comme cela est le cas aujourd'hui.

La question du **libre choix de la caisse de pension** n'est **pas une option** pour le PEV, comme cela a déjà été abordé plus haut. En effet, les assurés devant choisir l'institution de prévoyance la plus appropriée seraient dépassés par une avalanche d'informations très techniques et de possibilités de comparaison et de plus cela amènerait une concurrence plus accrue entre caisses de pension engendrant ainsi des **augmentations de coûts** en matière de marketing et de publicité. De plus, les entreprises seraient directement concernées, puisqu'elles devraient gérer des liens avec une multitude d'institutions de prévoyance et non plus avec une seule.

En plus des positions explicitées ci-dessus, vous trouverez dans l'annexe les réponses du PEV aux questions détaillées qui ont été soumises à consultation.

Nous vous remercions pour la prise en compte de notre opinion ainsi que pour le précieux travail accompli dans ce dossier complexe et vous transmettons, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

#### **PARTI EVANGELIQUE SUISSE (PEV)**



Président du Parti  
Heiner Studer



Secrétaire général  
Joel Blunier

## Anhörung zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule - Fragebogen

Name: *Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)*

Die Lösungsansätze, welche für die BVG-Kommission eine Option darstellen, sind grün hinterlegt.

Eher ja    Eher  
nein

<b>Kapitel 1: Einleitung</b>		
Teilen Sie die in der Einleitung (Kapitel 1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 2: Die Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System</b>		
1. Teilen Sie die in der Ausgangslage (2.1) und der Problemanalyse (2.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 2. Säule bei Erwerbsunterbrüchen zu erweitern (2.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Sind Sie dafür, Arbeitnehmende im Dienste mehrerer Arbeitgeber der obligatorischen Versicherung zu unterstellen, wenn die Summe ihrer Löhne die BVG-Schwelle erreicht (2.4.2.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Sind Sie dafür, die Information zur freiwilligen Versicherung durch eine Weisung der Oberaufsichtskommission zu verbessern (2.4.2.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
5. Sind Sie dafür, die Selbstständigerwerbenden der obligatorischen Versicherung zu unterstellen (2.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
6. Sind Sie dafür, in Sachen Kapitalbezüge den status quo zu belassen (2.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
7. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>vollständig</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>teilweise</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
9. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen nicht vorsehen können, bei der Pensionierung mehr als einen Viertel des Altersguthabens als Kapital auszubezahlen (2.4.3.5)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. Sind Sie dafür, dass das Altersguthaben zu Zwecken der Wohneigentumsförderung nur noch in der Höhe, wie es im Alter 40 bestand, bezogen werden kann (2.4.3.6)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Sind Sie dafür, dass jegliche Möglichkeiten des Kapitalbezugs abgeschafft werden (2.4.3.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
12. Sind Sie dafür, dass geringfügige Altersguthaben nicht mehr bar ausgezahlt werden können (2.4.3.8)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 3. Säule bei Erwerbsunterbrüchen einzuführen (2.4.4.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Sind Sie dafür, das Mindestrücktrittsalter auf 60 Jahre anzuheben (2.4.5.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 3: Kassenlandschaft</b>		
15. Teilen Sie die in der Ausgangslage (3.1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Sind Sie für die Einheitskasse (3.3.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17. Sind Sie für die Festlegung einer Mindestgrösse für Vorsorgeeinrichtungen (3.3.1.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 4: Freie Pensionskassenwahl</b>		
18. Teilen Sie die in der Ausgangslage (4.1) und der Problemanalyse (4.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. Sind Sie dafür, ein Wahlmodell einzuführen (4.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20. Sind Sie dafür, in Sachen freie Pensionskassenwahl den status quo zu belassen (4.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 5: Parität</b>		
21. Teilen Sie die in der Ausgangslage (5.1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22. Sind Sie dafür, dass die Durchführung von Wahlen bei grossen Sammeleinrichtungen mittels einer Weisung der Oberaufsichtskommission verbessert wird (5.3.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bemerkungen:	
<b>Kapitel 6: Anlagebestimmungen / Anlagerisiken / Kapitaldeckungsverfahren</b>	
23. Teilen Sie die in der Ausgangslage (6.1) und der Problemanalyse (6.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
24. Sind Sie dafür, an Zweckgesellschaften ausgelagerte Forderungen (insb. synthetische und restrukturierte Forderungen) anders zu behandeln als klassische feste Forderungen (6.4.1.2)?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
25. Sind Sie dafür, die Securities Lending und Repo Geschäfte zu regeln (6.4.2.2)?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
26. Sind Sie dafür, die Anlagelimiten anzupassen (6.4.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bemerkungen:	
<b>Kapitel 7: Solvenz und Wertschwankungsreserven</b>	
27. Teilen Sie die in der Ausgangslage (7.1) und der Problemanalyse (7.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
28. Sind Sie dafür, für autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen eine einheitliche Methode zur Bestimmung des Zielwerts der Wertschwankungsreserve zu definieren (7.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
29. Sind Sie dafür, die Wertschwankungsreserve als versicherungstechnisch notwendiges Vorsorgekapital zu behandeln (7.4.1.3)?	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
30. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen den ökonomischen Deckungsgrad als internes Instrument verwenden (7.4.1.4)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
31. Sind Sie dafür, Leistungsverbesserungen bei unvollständig geäufter Wertschwankungsreserve nicht mehr zuzulassen (7.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bemerkungen:	

<b>Kapitel 8: Vollversicherung und Mindestquote</b>			
32. Teilen Sie die in der Ausgangslage (8.1) und der Problemanalyse (8.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
33. Sind Sie dafür, dass die nachträgliche Verrechnungsmöglichkeit von administrativen Kosten aufgehoben wird und autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen kostendeckende Kostenprämien erheben (8.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
34. Sind Sie dafür, dass die glättenden Funktion des Überschussfonds eingeschränkt wird bzw. dass der (freie) Überschussfonds abgeschafft wird (8.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
35. Sind Sie dafür, dass die Höhe der Mindestquote (unter Beachtung des SST) überprüft wird (8.4.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
36. Sind Sie dafür, dass ein Zielkapital für die berufliche Vorsorge mit einer bestimmten Entschädigung festgelegt wird (8.4.3.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
37. Sind Sie dafür, dass den kollektiven Sammeleinrichtungen die Vollversicherung verboten wird bzw. dass ihnen nur noch die Risikorückdeckung erlaubt wird (8.4.4.1)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
38. Sind Sie dafür, dass das angelsächsische Modells mit oder ohne Mindestquotenregelung eingeführt wird (8.4.4.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
39. Sind Sie dafür, dass für die Kollektivversicherung berufliche Vorsorge eine separate juristische Person gebildet wird (8.4.4.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
40. Sind Sie für eine Konzentration auf die ergebnisbasierte Methode (8.4.4.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
41. Sind Sie dafür, dass der Saldo des Risikoprozesses in Prozenten der Risikoprämien beschränkt wird (8.4.4.5)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
42. Sind Sie für die Paketlösung „Transparenz plus“ (8.4.4.6)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Bemerkungen: Das Paket "Transparenz plus" ist aus Gründen erhöhter Transparenz sinnvoll, genügt aber nicht, um die grundlegenden Probleme im Bereich "Vollversicherung" und "Legal Quote" anzugehen.			
<b>Kapitel 9: Mindestumwandlungssatz</b>			
43. Teilen Sie die in der Ausgangslage (9.1) und der Problemanalyse (9.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
44. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz zu senken (9.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
45. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz im Gesetz festzulegen (9.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
46. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom Bundesrat festgelegt wird (9.4.1.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
47. Sind Sie dafür, das Rücktrittsalter anzuheben (9.4.1.5)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
48. Sind Sie dafür, den Umwandlungssatz im Gesetz auf einen vorsichtigen Wert festzulegen und ein System mit variablen Rentenzuschlägen einzuführen (9.4.1.6)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

49. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom obersten Organ der Vorsorgeeinrichtung festgelegt wird (9.4.1.7)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
50. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Koordinationsabzug zu senken (9.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
51. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Altersguthabenschriften zu erhöhen (9.4.2.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
52. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Sparprozess früher zu beginnen (9.4.2.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
53. Sind Sie dafür, die Höhe der Risikoleistungen anhand des versicherten Lohns zu definieren (9.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
54. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Pensionierten-Kinderrenten abzuschaffen (9.4.2.6)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
55. Sind Sie dafür, einen nach der Sterblichkeit differenzierten Mindestumwandlungssatz zu verwenden (9.4.2.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
56. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels der 1. Säule zu finanzieren (9.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
57. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels Beiträgen, die nicht in die Berechnung der Freizügigkeitsleistung einfließen, zu finanzieren (9.4.3.3.1)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
58. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels eines Pools zu finanzieren (9.4.3.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
59. Welche Kombination von Massnahmen bevorzugen Sie? a) 45 + 50 & 51 + 58 b) 46 + 50 & 51 + 58 c) 47 + 50 & 51 + 58 d) 49 + 50 & 51 + 58 e) 49 + 50 + 52	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
60. Sind Sie dafür, die Bandbreite für den technischen Zinssatz auf zwischen 3 und 4.5% festzulegen (9.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
61. Sind Sie dafür, Art. 8 FZV zu streichen (9.4.4.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 10: Mindestzinssatz</b>		
62. Teilen Sie die in der Ausgangslage (10.1) und der Problemanalyse (10.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
63. Sind Sie dafür, dass die Verzinsung der Altersguthaben vom obersten Organ frei entschieden werden kann (10.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
64. Sind Sie dafür, dass die Mehrheitsformel der BVG-Kommission indikativ als Basis zur Berechnung des Mindestzinssatzes verwendet wird (10.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bemerkungen:	
<b>Kapitel 11: Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen</b>	
65. Teilen Sie die in der Ausgangslage (11.1) und der Problemanalyse (11.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
66. Sind Sie dafür, dass von Rentnern vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können (11.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
67. Sind Sie dafür, dass die Renten aus einem garantierten und einem variablen, von der finanziellen Lage abhängigen Teil bestehen (11.4.1.3)?	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
68. Sind Sie dafür, dass die Aufsichtsbehörden ein Mittel erhalten, um Sanierungsmassnahmen durchzusetzen (11.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
69. Sind Sie dafür, dass Vorsorgeeinrichtungen in Überdeckung Massnahmen zur finanziellen Konsolidierung treffen können (11.4.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
70. Sind Sie dafür, dass der Rentnerbestand bei der Auflösung eines Anschlussvertrags in die neue Kasse mitgenommen werden soll, wenn keine Vereinbarung erzielt werden kann und der Anschlussvertrag nichts vorsieht (11.4.4.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
71. Sind Sie dafür, dass Vorsorgewerke, die ihren Anschlussvertrag auflösen, verpflichtet werden, die zurückgelassenen Rentner auszufinanzieren (11.4.4.3)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
72. Sind Sie dafür, dass die Auffangeinrichtung Rentenverpflichtungen von solventen Vorsorgewerken, die bei einer insolventen Vorsorgeeinrichtung versichert sind, übernimmt (11.4.5.2)?	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
73. Sind Sie dafür, dass solvente Vorsorgewerke, deren Vorsorgeeinrichtung insolvent geworden ist, an den Sicherheitsfonds angeschlossen werden (11.4.5.3)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bemerkungen:	
<b>Kapitel 12: Teilliquidation und Härtefälle</b>	
74. Teilen Sie die in der Ausgangslage (12.1) und der Problemanalyse (12.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
75. Sind Sie dafür, dass ältere arbeitslose Personen ihr Altersguthaben bei der Auffangeinrichtung einbringen können, welche ihnen bei der Pensionierung eine Rente auszahlt (12.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
76. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen darüber informieren müssen, dass mit dem Kapital eine Rente eingekauft werden kann (12.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

77. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen verpflichtet werden, Leistungen in Rentenform auszurichten (12.4.1.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
78. Sind Sie für die Schaffung der Möglichkeit für ältere arbeitslose Personen, den Rentenbezug bei der letzten Vorsorgeeinrichtung aufzuschieben (12.4.1.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
79. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden die Teilliquidationsvoraussetzungen präzisiert (12.4.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 13: Vereinfachungen und Kosten</b>		
80. Teilen Sie die in der Ausgangslage (13.1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
81. Sind Sie dafür, Art. 3 BVG aufzuheben (13.3.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
82. Sind Sie dafür, einen elektronischen, standardisierten Meldezettel bei einem Freizügigkeitsfall einzuführen (13.3.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
83. Sind Sie dafür, den Vorsorgeausweis zu standardisieren (13.3.1.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
84. Sind Sie dafür, die 3-Monatsfrist zur Unterstellung unter das BVG aufzuheben (13.3.1.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
85. Sind Sie dafür, die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerb aufzuheben (13.3.1.6)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
86. Sind Sie dafür, alle atypischen Arbeitnehmer bei der Auffangeinrichtung zu versichern (13.3.1.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
87. Sind Sie dafür, die Destinatärkreise in der Vorsorge zu harmonisieren (13.3.1.8)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
88. Sind Sie dafür, die Bestimmungen zur beruflichen Vorsorge zu konzentrieren (13.3.1.9)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
89. Sind Sie dafür, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle aufzuheben (13.3.1.10)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
90. Sind Sie dafür, die freiwillige Versicherung aufzuheben (13.3.1.11)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
91. Sind Sie dafür, einheitliche Altersgutschriften einzuführen (13.3.1.12)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
92. Sind Sie dafür, dass die Individualisierungsmöglichkeiten in der beruflichen Vorsorge eingeschränkt oder abgeschafft werden (13.3.1.13)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
93. Sind Sie dafür, dass die Vorfinanzierung des Vorbezugs der Altersleistungen nicht mehr möglich ist (13.3.1.14)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
94. Sind Sie dafür, dass nicht erfolgswirksame, aber bekannte Kosten erfasst werden (13.3.2.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
95. Sind Sie dafür, dass die Transparenz der Finanzprodukte verbessert wird (13.3.2.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

96. Sind Sie dafür, dass die Kosten der Rückversicherung in der Jahresrechnung separat ausgewiesen werden (13.3.2.5)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bemerkungen:	
<b>Kapitel 14: Transparenz</b>	
97. Teilen Sie die in der Ausgangslage (14.1) und der Problemanalyse (14.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
98. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden Weisungen zur Vergleichbarkeit von Vorsorgeeinrichtungen erlässt (14.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
99. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen zwecks Vergleichbarkeit einheitliche Benchmarks verwenden (14.4.1.3)?	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Bemerkungen:	

Bern, den 29. April 2012

## Anhörung zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum oben genannten Bericht.

Der vorliegende Bericht zur Zukunft der Zweiten Säule ist umfangreich und strebt eine umfassende BVG-Reform an. Ein solches Unterfangen wird im Parlament umstritten sein und viel Zeit in Anspruch nehmen. Doch die Zeit drängt und die BDP fordert deshalb, dass:

1. **„Bevor eine grosse BVG-Reform in Angriff genommen werden kann, müssen Sofortmassnahmen eingeleitet werden, welche die systemwidrigen Umlagerungen innerhalb der Zweiten Säule zulasten der Aktiven beheben.“**
2. **„Zudem darf es zu keiner Vermischung der Ersten und Zweiten Säule kommen.“**

Punkt 1 bezieht sich auf den Umwandlungssatz, welcher heute zu hoch ist (es sollten max. 6.4% sein anstatt 6.8%) und wo heute eine Umverteilung von den Aktiven (also den Beitragszahlern) zu den Rentenbezüglern erfolgt. Der BDP ist nicht bewusst, dass es nebst der Reduktion des Umwandlungssatzes noch andere Möglichkeiten gibt, um die Umverteilung zu reduzieren.

Punkt 2 ist in den Augen der BDP auch sehr wichtig. Die AHV ist eine Einheitskasse die nach dem Umlagerungsverfahren funktioniert. Zudem ist sie auch ein Sozialwerk, wo eine Umverteilung von Gutverdienern auf tiefer Verdienende erfolgt, weil immer auf das gesamte Einkommen AHV (und IV) bezahlt werden muss, die maximale Rente aus der AHV aber für alle bei ca. 35'000.- pro Jahr gekappt ist. Also ein Ehepaar, das pro Jahr eine Million verdient hat und AHV-Beitrag von 50'000.- pro Jahr bezahlt hat (ca. 5% auf 1 Millionen Franken), bekommt als Pensionierte gleich viel, also 35'000.- pro Jahr, wie ein Ehepaar, das 80'000.- verdient hat und daher nur 4'000.- (5% von 80'000) AHV-Beitrag bezahlt hat.

Die 2. Säule soll nach Meinung der BDP eine Spareinrichtung sein und keine Umverteilungseinrichtung. Die Ausgestaltung der Pensionskassenlösung ist unternehmensspezifisch (keine Einheitskasse), sie liegt in der Verantwortung des Arbeitgebers (nicht des Staates) – das soll so bleiben. Die 2. Säule sollte so ausgestaltet sein, dass es sich lohnt zu sparen, dass man also später das rausbekommt, was man einbezahlt hat (keine Umverteilung), zusammen mit einer vernünftigen Verzinsung des angesparten Kapitals und einer guten Risikoabsicherung.

Die BDP vertritt zudem folgende grundsätzlichen Standpunkte:

- Grundsätzlich steht die BDP neuen Auflagen und Einschränkungen skeptisch gegenüber. Angesichts der Tatsache, dass die Verluste in der Vermögensanlage von Vorsorgeeinrichtungen von Dritten getragen werden müssen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer mittels Sanierungsmassnahmen, die Gesamtheit der Vorsorgeeinrichtungen mittels Beiträgen an den Sicherheitsfonds) sind aber auch wir der Meinung, dass mittels sinnvollen Vorgaben und Einschränkungen die Risiken, welche die Vorsorgeeinrichtungen eingehen können, auf ein

vernünftiges Mass beschränkt werden. Dabei ist aber immer darauf zu achten, dass nicht auch die Renditepotentiale zu stark beschränkt werden.

- Die BDP steht zur Vollversicherungslösung wie sie heute nur noch von sechs privaten Lebensversicherungsunternehmen angeboten wird. Bei dieser Form der beruflichen Vorsorge erhalten die Versicherten einen garantierten Zins und das Anlagerisiko wird vom Versicherungsunternehmen getragen. D.h., falls die Kapitalanlageerträge den Garantiezins nicht zu decken vermögen, muss der Fehlbetrag vom Versicherungsunternehmen aufgebracht werden. Eine Unterdeckung ist daher ausgeschlossen. Die Vollversicherungslösung erfreut sich in letzter Zeit grosser Beliebtheit, insb. bei KMUs, welche in Zeiten der Unsicherheit froh sind, dass sie das Kapitalanlagerisiko an ein Versicherungsunternehmen abtreten können. Eine weitere Schwächung der Attraktivität der Vollversicherungslösung, beispielsweise durch die Erhöhung der Mindestquote oder durch eine Beschränkung der Risikoprämien, lehnen wir ab. Dies könnte dazu führen, dass weitere Versicherungsunternehmen die Vollversicherungslösung aufgeben würden, was offenbar nicht im Sinne unserer KMUs wäre.
- Die BDP ist der Meinung, dass eine Erhöhung des Rentenalters in Erwägung gezogen wird.
- Die BDP erachtet es als prüfenswert, dass bei Sanierungsmassnahmen vermehrt auch Rentner miteingebunden werden können. Dies soll aber restriktiv gehandhabt werden.

Die BDP hat sich darauf beschränkt, die in ihren Augen zentralen Punkte des Fragebogens auszufüllen und zu kommentieren:

Die Lösungsansätze, welche für die BVG-Kommission eine Option darstellen, sind grün hinterlegt.

	Eher ja	Eher nein
<b>Kapitel 1: Einleitung</b>		
<b>Teilen Sie die in der Einleitung (Kapitel 1) gemachten Aussagen?</b>	x	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Die BDP erachtet die in Kap. 1 wiedergegebene Zusammenstellung diverser Fakten grundsätzlich als zutreffend. Die unter Kap. 1.8 beantragte Abschreibung der Mo 10.3795 lehnt die BDP aber klar ab. Das Abschreiben dieser überwiesenen Motion darf erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn konkrete Massnahmen beschlossen wurden, was bisher nicht erfolgt ist.		
<b>Kapitel 2: Die Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System</b>		
<b>1. Teilen Sie die in der Ausgangslage (2.1) und der Problemanalyse (2.2) gemachten Aussagen?</b>	<input type="checkbox"/>	x
<b>Kapitel 2: Die Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System</b>		
2. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 2. Säule bei Erwerbsunterbrüchen zu erweitern (2.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	x
3. Sind Sie dafür, Arbeitnehmende im Dienste mehrerer Arbeitgeber der obligatorischen Versicherung zu unterstellen, wenn die Summe ihrer Löhne die BVG-Schwelle erreicht (2.4.2.3)?	x	<input type="checkbox"/>
7. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>vollständig</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.3)?	<input type="checkbox"/>	x
8. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>teilweise</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.4)?	x	<input type="checkbox"/>
10. Sind Sie dafür, dass das Altersguthaben zu Zwecken der Wohneigentumsförderung nur noch in der Höhe, wie es im	<input type="checkbox"/>	x

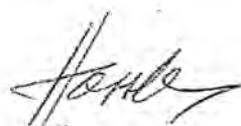
Alter 40 bestand, bezogen werden kann (2.4.3.6)?		
13. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 3. Säule bei Erwerbsunterbrüchen einzuführen (2.4.4.2)?	x	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Bei der 2. Frage besteht aus Sicht der BDP kein echtes Bedürfnis nach einem Ausbau der Möglichkeiten der freiwilligen Weiterversicherungen. Der heute existierende Spielraum wird nur von einer sehr kleinen Anzahl der Versicherten ausgenutzt. Eine Weiterversicherung ist für die Betroffenen recht teuer, da er sowohl seinen Anteil als auch jenen des Arbeitgebers übernehmen muss. Statt in der 2. Säule die Möglichkeiten der Weiterversicherung auszubauen, erscheint es der BDP prüfenswert, die Säule 3a für Nichterwerbstätige zu öffnen.		
<b>Kapitel 3: Kassenlandschaft</b>		
15. Teilen Sie die in der Ausgangslage (3.1) gemachten Aussagen?	x	<input type="checkbox"/>
16. Sind Sie für die Einheitskasse (3.3.1.2)?	<input type="checkbox"/>	x
17. Sind Sie für die Festlegung einer Mindestgrösse für Vorsorgeeinrichtungen (3.3.1.4)?	<input type="checkbox"/>	x
Bemerkungen: Die BDP befürchtet, dass die Einheitskasse zu einer Leistungsstandardisierung und zu einer Einschränkung der Planvielfalt führen würde. Eine Einheitskasse steht für die BDP klar im Widerspruch zum freiheitlichen Ansatz der beruflichen Vorsorge und wird deshalb von der BDP entschieden abgelehnt.		
<b>Kapitel 4: Freie Pensionskassenwahl</b>		
18. Teilen Sie die in der Ausgangslage (4.1) und der Problemanalyse (4.2) gemachten Aussagen?	x	<input type="checkbox"/>
19. Sind Sie dafür, ein Wahlmodell einzuführen (4.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	x
20. Sind Sie dafür, in Sachen freie Pensionskassenwahl den status quo zu belassen (4.4.1.3)?	x	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Die BDP lehnt die freie Pensionskassenwahl ab, weil es dadurch sowohl für die Arbeitgeber, wie auch für die Vorsorgeeinrichtungen deutlich höhere administrative Kosten zur Folge hätte. Auch die Aufwendungen für Werbung und Marketing würden deutlich höher.		
<b>Kapitel 5: Parität</b>		
21. Teilen Sie die in der Ausgangslage (5.1) gemachten Aussagen?	x	<input type="checkbox"/>
22. Sind Sie dafür, dass die Durchführung von Wahlen bei grossen Sammeleinrichtungen mittels einer Weisung der Oberaufsichtskommission verbessert wird (5.3.1.2)?	<input type="checkbox"/>	x
<b>Kapitel 6: Anlagebestimmungen / Anlagerisiken / Kapitaldeckungsverfahren</b>		
23. Teilen Sie die in der Ausgangslage (6.1) und der	x	<input type="checkbox"/>

Problemanalyse (6.2) gemachten Aussagen?		
24. Sind Sie dafür, an Zweckgesellschaften ausgelagerte Forderungen (insb. synthetische und restrukturierte Forderungen) anders zu behandeln als klassische feste Forderungen (6.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25. Sind Sie dafür, die Securities Lending und Repo Geschäfte zu regeln (6.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26. Sind Sie dafür, die Anlagelimiten anzupassen (6.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<p>Bemerkungen:</p> <p>Grundsätzlich steht die BDP neuen Auflagen und Einschränkungen skeptisch gegenüber. Angesichts der Tatsache, dass die Verluste in der Vermögensanlage von Vorsorgeeinrichtungen von Dritten getragen werden müssen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer mittels Sanierungsmassnahmen, die Gesamtheit der Vorsorgeeinrichtungen mittels Beiträgen an den Sicherheitsfonds) sind aber auch wir der Meinung, dass mittels sinnvollen Vorgaben und Einschränkungen die Risiken, welche die Vorsorgeeinrichtungen eingehen können, auf ein vernünftiges Mass beschränkt werden. Dabei ist aber immer darauf zu achten, dass nicht auch die Renditepotentiale zu stark beschränkt werden. Die hier vorgeschlagenen Anpassungen erachtet die BDP als zweckmässig, da sie primär dazu dienen, die Transparenz zu erhöhen.</p>		
<b>Kapitel 7: Solvenz und Wertschwankungsreserven</b>		
27. Teilen Sie die in der Ausgangslage (7.1) und der Problemanalyse (7.2) gemachten Aussagen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
28. Sind Sie dafür, für autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen eine einheitliche Methode zur Bestimmung des Zielwerts der Wertschwankungsreserve zu definieren (7.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
29. Sind Sie dafür, die Wertschwankungsreserve als versicherungstechnisch notwendiges Vorsorgekapital zu behandeln (7.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
30. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen den ökonomischen Deckungsgrad als internes Instrument verwenden (7.4.1.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
31. Sind Sie dafür, Leistungsverbesserungen bei unvollständig geöffneter Wertschwankungsreserve nicht mehr zuzulassen (7.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kapitel 8: Vollversicherung und Mindestquote</b>		
35. Sind Sie dafür, dass die Höhe der Mindestquote (unter Beachtung des SST) überprüft wird (8.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<p>Bemerkungen:</p> <p>Gegen eine gelegentliche Überprüfung der Höhe der Mindestquote und allenfalls auch der anzuwendenden Berechnungsmethodik ist aus Sicht der BDP nichts einzuwenden.</p>		
<b>Kapitel 9: Mindestumwandlungssatz</b>		
45. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz zu senken (9.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
46. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom Bundesrat festgelegt wird (9.4.1.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Sind Sie dafür, das Rücktrittsalter anzuheben (9.4.1.5)?	x <input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Die BDP erachtet die rasche Senkung des Mindestumwandlungssatzes angesichts der weiter steigenden Lebenserwartung und der sinkenden Renditeerwartung bei den Finanzanlagen als unumgänglich.	
<b>Kapitel 10: Mindestzinssatz</b>	
64. Sind Sie dafür, dass die Mehrheitsformel der BVG-Kommission indikativ als Basis zur Berechnung des Mindestzinssatzes verwendet wird (10.4.1.3)?	x <input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Die BDP ist der Meinung, dass das heutige System funktioniert. Das Wort indikativ, ist hier besonders wichtig, weil es dem Bundesrat etwas Flexibilität gibt. Eine starre Formel lehnt die BDP ab. Aber es scheint ihr sehr wichtig, dass eine Formel zugrunde liegt welche indikativen Charakter hat und die für jede/n nachvollziehbar ist, weil dadurch das ganze System berechenbarer wird. Für internationale Firmen die in die Schweiz kommen, ist das in den Augen der BDP wichtig.	
<b>Kapitel 11: Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen</b>	
66. Sind Sie dafür, dass von Rentnern vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können (11.4.1.2)?	x <input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Die BDP ist der Meinung, dass vermehrt auch Rentner bei Sanierungsmassnahmen eingebunden werden sollten. Die BDP unterstützt den Vorschlag, dass die Last der Sanierungsmassnahmen breiter abzustützen und die Möglichkeit zu schaffen, auch von Rentnern Sanierungsbeiträge einzufordern. Die BDP ist aber auch klar der Meinung, dass dies restriktiv geschehen muss.	

Wir danken für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Mit freundlichen Grüssen

Hans Grunder, Präsident BDP Schweiz

Hansjörg Hassler, Fraktionspräsident

<b>Kapitel 8: Vollversicherung und Mindestquote</b>		
36. Sind Sie dafür, dass die Höhe der Mindestquote (unter Beachtung des SST) überprüft wird (8.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	✓ <input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Noch zu formulieren		
<b>Kapitel 9: Mindestumwandlungssatz</b>		
48. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz zu senken (9.4.1.2)?	✓ <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
49. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom Bundesrat festgelegt wird (9.4.1.4)?	✓ <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
50. Sind Sie dafür, das Rücktrittsalter anzuheben (9.4.1.5)?	✓ <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Noch zu formulieren		
<b>Kapitel 10: Mindestzinssatz</b>		
65. Sind Sie dafür, dass die Mehrheitsformel der BVG-Kommission indikativ als Basis zur Berechnung des Mindestzinssatzes verwendet wird (10.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Noch nicht im Plenum besprochen		
<b>Kapitel 11: Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen</b>		
67. Sind Sie dafür, dass von Rentnern vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können (11.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Die BDP ist der Meinung, dass vermehrt auch Rentner bei Sanierungsmassnahmen eingebunden werden sollten. (Haltung von Ilias, was meinen die anderen dazu?)		





CVP SCHWEIZ, KLARAWEG 6, POSTFACH 5835, 3001 BERN

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV  
Geschäftsfeld Internationales und Berufliche Vorsorge  
Frau Martina Stocker  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Bern, 27. April 2012

## **Anhörung: Bericht über die Zukunft der 2. Säule**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben von Ende Dezember 2011 wurden wir eingeladen, zum Entwurf des Berichts zur Zukunft der 2. Säule Stellung zu nehmen. Anbei übermitteln wir Ihnen unseren Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay  
Präsident CVP Schweiz

Sig. Tim Frey  
Generalsekretär CVP Schweiz

## Anhörung zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule - Fragebogen

Name: **CVP Schweiz, Klaraweg 6, 3006 Bern**

Die Lösungsansätze, welche für die BVG-Kommission eine Option darstellen, sind grün hinterlegt.

Eher ja    Eher  
nein

<b>Kapitel 1: Einleitung</b>		
Teilen Sie die in der Einleitung (Kapitel 1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<p>Allgemeine Bemerkungen zum Bericht:</p> <p>Entgegen den Erwartungen, die der Titel weckt, zeigt dieser Bericht keine klare Strategie für die Zukunft der 2. Säule auf und ist nicht visionär. Eine Priorisierung der einzelnen Aspekte, die teilweise sehr in die Details gehen und für den Nichtfachmann nur schwer verständlich sind, fehlt ebenso wie die Position des zuständigen Departements. Eine richtungsweisende Positionierung des Departementvorstehers wäre in dieser ersten Phase wünschenswert gewesen.</p> <p>Die CVP hat die gestellten Fragen nach heutigem Kenntnisstand beantwortet. Wichtig scheint unserer Partei eine Gesamtsicht. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssen vom Bundesrat in einem Gesamtpaket vorgeschlagen werden. Erst dann werden wir uns abschliessend äussern. Es fehlen uns Vorschläge, die zu einer Vereinfachung des BVG beitragen. Vgl. überwiesene Motion 10.3795 – Administrative Entschlackung des BVG.</p> <p>Für die CVP prioritär anzugehen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Festlegung zentraler versicherungstechnischer Parameter wie des UWS,</li> <li>• Kompensationsmöglichkeiten für eine Senkung des UWS,</li> <li>• Abgrenzungsfragen zwischen Solidarität und zunehmender Individualisierung auch in der 2. Säule,</li> <li>• Kostensparpotenzial bei den Verwaltungskosten ausschöpfen, ohne dabei den Kostenunterschied zwischen Zwangssparen und Individuellem Sparen aus den Augen zu verlieren,</li> <li>• eine Lösung für die Vollversicherung zu finden, und</li> <li>• dabei die Miliztauglichkeit zu wahren, bzw. die Regulierungsdichte in Grenzen zu halten und das BVG dort wo möglich zu entschlacken.</li> </ul> <p>Bemerkungen zu Kapitel 1:</p> <p>Zuwenig klar dargestellt ist die Trennung zwischen Obligatorium und Überobligatorium in der beruflichen Vorsorge. Das Überobligatorium darf nicht als Finanzierungsreserve für das Obligatorium betrachtet werden, da eine solche Quersubventionierung dem Prinzip des Kapitaldeckungsverfahrens und der individuellen Äquivalenz der 2. Säule widerspricht.</p>		
<b>Kapitel 2: Die Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System</b>		
1. Teilen Sie die in der Ausgangslage (2.1) und der Problemanalyse (2.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 2. Säule bei Erwerbsunterbrüchen zu erweitern (2.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Sind Sie dafür, Arbeitnehmende im Dienste mehrerer Arbeitgeber der obligatorischen Versicherung zu unterstellen, wenn die Summe ihrer Löhne die BVG-Schwelle erreicht (2.4.2.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Eher ja	Eher nein
4. Sind Sie dafür, die Information zur freiwilligen Versicherung durch eine Weisung der Oberaufsichtskommission zu verbessern (2.4.2.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Sind Sie dafür, die Selbstständigerwerbenden der obligatorischen Versicherung zu unterstellen (2.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
6. Sind Sie dafür, in Sachen Kapitalbezüge den status quo zu belassen (2.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
7. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>vollständig</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>teilweise</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
9. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen nicht vorsehen können, bei der Pensionierung mehr als einen Viertel des Altersguthabens als Kapital auszubezahlen (2.4.3.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
10. Sind Sie dafür, dass das Altersguthaben zu Zwecken der Wohneigentumsförderung nur noch in der Höhe, wie es im Alter 40 bestand, bezogen werden kann (2.4.3.6)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. Sind Sie dafür, dass jegliche Möglichkeiten des Kapitalbezugs abgeschafft werden (2.4.3.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
12. Sind Sie dafür, dass geringfügige Altersguthaben nicht mehr bar ausgezahlt werden können (2.4.3.8)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
13. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 3. Säule bei Erwerbsunterbrüchen einzuführen (2.4.4.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Sind Sie dafür, das Mindestrücktrittsalter auf 60 Jahre anzuheben (2.4.5.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<p>Bemerkungen:</p> <p>Einer Erhöhung der Renten der Ersten Säule zu Lasten der 2. Säule und damit einer Vermischung der beiden Säulen widersetzt sich die CVP mit Nachdruck.</p> <p>Gar nicht thematisiert wird die Quersubventionierung innerhalb der zweiten Säule. So wurde es versäumt, Fragen wie was mit Restkapital zu geschehen hat, wenn ein Rentner kurz nach seiner Pensionierung verstirbt, anzusprechen.</p> <p>Frage 10: WEF ist eine der beruflichen Vorsorge artfremde Aufgabe und eigenartig reguliert. Es ist daher generell zu überdenken, wie die WEF in Zukunft ausgerichtet sein soll.</p> <p>Frage 13: Es ist zu klären, in welcher Form und in welcher Situation eine Fortführung der 3. Säule möglich sein soll.</p>		
<b>Kapitel 3: Kassenlandschaft</b>		
15. Teilen Sie die in der Ausgangslage (3.1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Sind Sie für die Einheitskasse (3.3.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17. Sind Sie für die Festlegung einer Mindestgrösse für Vorsorgeeinrichtungen (3.3.1.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Eher ja Eher  
nein

Bemerkungen:		
<b>Kapitel 4: Freie Pensionskassenwahl</b>		
18. Teilen Sie die in der Ausgangslage (4.1) und der Problemanalyse (4.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. Sind Sie dafür, ein Wahlmodell einzuführen (4.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20. Sind Sie dafür, in Sachen freie Pensionskassenwahl den status quo zu belassen (4.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 5: Parität</b>		
21. Teilen Sie die in der Ausgangslage (5.1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22. Sind Sie dafür, dass die Durchführung von Wahlen bei grossen Sammeleinrichtungen mittels einer Weisung der Oberaufsichtskommission verbessert wird (5.3.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 22: Denkbar wäre auch, dass die Oberaufsichtskommission für alle überbetrieblichen Sammeleinrichtungen geltende Weisungen im Sinne eines Best-Practice-Ansatzes ausarbeitet.		
<b>Kapitel 6: Anlagebestimmungen / Anlagerisiken / Kapitaldeckungsverfahren</b>		
23. Teilen Sie die in der Ausgangslage (6.1) und der Problemanalyse (6.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24. Sind Sie dafür, an Zweckgesellschaften ausgelagerte Forderungen (insb. synthetische und restrukturierte Forderungen) anders zu behandeln als klassische feste Forderungen (6.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25. Sind Sie dafür, die Securities Lending und Repo Geschäfte zu regeln (6.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26. Sind Sie dafür, die Anlagelimiten anzupassen (6.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 25: Für Repo Geschäfte und Securities Lending sollten die Finma-Grundlagen von Banken und Versicherern genommen werden.		
<b>Kapitel 7: Solvenz und Wertschwankungsreserven</b>		
27. Teilen Sie die in der Ausgangslage (7.1) und der Problemanalyse (7.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
28. Sind Sie dafür, für autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen eine einheitliche Methode zur Bestimmung des Zielwerts der Wertschwankungsreserve zu definieren (7.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Eher ja Eher nein

29. Sind Sie dafür, die Wertschwankungsreserve als versicherungstechnisch notwendiges Vorsorgekapital zu behandeln (7.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
30. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen den ökonomischen Deckungsgrad als internes Instrument verwenden (7.4.1.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
31. Sind Sie dafür, Leistungsverbesserungen bei unvollständig geöffneter Wertschwankungsreserve nicht mehr zuzulassen (7.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 8: Vollversicherung und Mindestquote</b>		
32. Teilen Sie die in der Ausgangslage (8.1) und der Problemanalyse (8.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
33. Sind Sie dafür, dass die nachträgliche Verrechnungsmöglichkeit von administrativen Kosten aufgehoben wird und autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen kostendeckende Kostenprämien erheben (8.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
34. Sind Sie dafür, dass die glättenden Funktion des Überschussfonds eingeschränkt wird bzw. dass der (freie) Überschussfonds abgeschafft wird (8.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
35. Sind Sie dafür, dass die Höhe der Mindestquote (unter Beachtung des SST) überprüft wird (8.4.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
36. Sind Sie dafür, dass ein Zielkapital für die berufliche Vorsorge mit einer bestimmten Entschädigung festgelegt wird (8.4.3.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
37. Sind Sie dafür, dass den kollektiven Sammeleinrichtungen die Vollversicherung verboten wird bzw. dass ihnen nur noch die Risikorückdeckung erlaubt wird (8.4.4.1)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
38. Sind Sie dafür, dass das angelsächsische Modells mit oder ohne Mindestquotenregelung eingeführt wird (8.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
39. Sind Sie dafür, dass für die Kollektivversicherung berufliche Vorsorge eine separate juristische Person gebildet wird (8.4.4.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
40. Sind Sie für eine Konzentration auf die <u>ertragsbasierte</u> Methode (8.4.4.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
41. Sind Sie dafür, dass der Saldo des Risikoprozesses in Prozenten der Risikoprämien beschränkt wird (8.4.4.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
42. Sind Sie für die Paketlösung „Transparenz plus“ (8.4.4.6)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:  Frage 42: Die verstärkten Transparenzforderungen im Allgemeinen begrüßen wir. Es ist jedoch schwierig, die technischen Auswirkungen im Einzelnen zu analysieren. Die Vorschläge sollten ausformuliert werden und nicht als Paketlösung präsentiert werden.		
<b>Kapitel 9: Mindestumwandlungssatz</b>		
43. Teilen Sie die in der Ausgangslage (9.1) und der Problemanalyse (9.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Eher ja	Eher nein
44. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz zu senken (9.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
45. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz im Gesetz festzulegen (9.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
46. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom Bundesrat festgelegt wird (9.4.1.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
47. Sind Sie dafür, das Rücktrittsalter anzuheben (9.4.1.5)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
48. Sind Sie dafür, den Umwandlungssatz im Gesetz auf einen vorsichtigen Wert festzulegen und ein System mit variablen Rentenzuschlägen einzuführen (9.4.1.6)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
49. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom obersten Organ der Vorsorgeeinrichtung festgelegt wird (9.4.1.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
50. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Koordinationsabzug zu senken (9.4.2.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
51. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Altersgutschriften zu erhöhen (9.4.2.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
52. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Sparprozess früher zu beginnen (9.4.2.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
53. Sind Sie dafür, die Höhe der Risikoleistungen anhand des versicherten Lohns zu definieren (9.4.2.5)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
54. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Pensionierten-Kinderrenten abzuschaffen (9.4.2.6)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
55. Sind Sie dafür, einen nach der Sterblichkeit differenzierten Mindestumwandlungssatz zu verwenden (9.4.2.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
56. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels der 1. Säule zu finanzieren (9.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
57. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels Beiträgen, die nicht in die Berechnung der Freizügigkeitsleistung einfliessen, zu finanzieren (9.4.3.3.1)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
58. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels eines Pools zu finanzieren (9.4.3.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
59. Welche Kombination von Massnahmen bevorzugen Sie? a) 45 + 50&51 + 58 b) 46 + 50&51 + 58 c) 47 + 50&51 + 58 d) 49 + 50&51 + 58 ...	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
60. Sind Sie dafür, die Bandbreite für den technischen Zinssatz auf zwischen 3 und 4.5% festzulegen (9.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
61. Sind Sie dafür, Art. 8 FZV zu streichen (9.4.4.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Eher ja Eher  
nein

<p>Bemerkungen:</p> <p>Fragen 45/46: Vorstellbar wäre, im Gesetz eine Bandbreite festzulegen, im Rahmen derer der Bundesrat den Mindestumwandlungssatz festlegen könnte.</p> <p>Frage 51: Die vorgeschlagene Stossrichtung ist richtig, aber noch immer diskriminierend für ältere Arbeitnehmer. Die heutige Regelung der Altersgutschriften im BVG hat zur Folge, dass ältere Arbeitnehmer im Vergleich zu jüngeren signifikant höhere Lohnnebenkosten aufweisen. Alter darf aber ebenso wenig wie das Geschlecht zu einer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt führen. Vgl. überwiesenes Postulat 05.3651 „Ältere Arbeitnehmer stärken. Änderungen der Altersgutschriften im BVG“.</p> <p>Frage 54: Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es genauerer Abklärungen. So ist beispielsweise aufzuzeigen, um wie viele Fälle und um welches Volumen es hier geht.</p>		
<b>Kapitel 10: Mindestzinssatz</b>		
62. Teilen Sie die in der Ausgangslage (10.1) und der Problemanalyse (10.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
63. Sind Sie dafür, dass die Verzinsung der Altersguthaben vom obersten Organ frei entschieden werden kann (10.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
64. Sind Sie dafür, dass die Mehrheitsformel der BVG-Kommission indikativ als Basis zur Berechnung des Mindestzinssatzes verwendet wird (10.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 11: Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen</b>		
65. Teilen Sie die in der Ausgangslage (11.1) und der Problemanalyse (11.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
66. Sind Sie dafür, dass von Rentnern vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können (11.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
67. Sind Sie dafür, dass die Renten aus einem garantierten und einem variablen, von der finanziellen Lage abhängigen Teil bestehen (11.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
68. Sind Sie dafür, dass die Aufsichtsbehörden ein Mittel erhalten, um Sanierungsmassnahmen durchzusetzen (11.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
69. Sind Sie dafür, dass Vorsorgeeinrichtungen in Überdeckung Massnahmen zur finanziellen Konsolidierung treffen können (11.4.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
70. Sind Sie dafür, dass der Rentnerbestand bei der Auflösung eines Anschlussvertrags in die neue Kasse mitgenommen werden soll, wenn keine Vereinbarung erzielt werden kann und der Anschlussvertrag nichts vorsieht (11.4.4.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
71. Sind Sie dafür, dass Vorsorgewerke, die ihren Anschlussvertrag auflösen, verpflichtet werden, die zurückgelassenen Rentner auszufinanzieren (11.4.4.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
72. Sind Sie dafür, dass die Auffangeinrichtung Rentenverpflichtungen von solventen Vorsorgewerken, die bei einer insolventen Vorsorgeeinrichtung versichert sind, übernimmt (11.4.5.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Eher ja    Eher  
nein

73. Sind Sie dafür, dass solvente Vorsorgewerke, deren Vorsorgeeinrichtung insolvent geworden ist, an den Sicherheitsfonds angeschlossen werden (11.4.5.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 66: Auch von Rentnern sollten vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können, damit nicht nur bei der aktiven Bevölkerung ein Umlagerungsverfahren angewandt wird.		
<b>Kapitel 12: Teilliquidation und Härtefälle</b>		
74. Teilen Sie die in der Ausgangslage (12.1) und der Problemanalyse (12.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
75. Sind Sie dafür, dass ältere arbeitslose Personen ihr Altersguthaben bei der Auffangeinrichtung einbringen können, welche ihnen bei der Pensionierung eine Rente auszahlt (12.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
76. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen darüber informieren müssen, dass mit dem Kapital eine Rente eingekauft werden kann (12.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
77. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen verpflichtet werden, Leistungen in Rentenform auszurichten (12.4.1.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
78. Sind Sie für die Schaffung der Möglichkeit für ältere arbeitslose Personen, den Rentenbezug bei der letzten Vorsorgeeinrichtung aufzuschieben (12.4.1.5)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
79. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden die Teilliquidationsvoraussetzungen präzisiert (12.4.3.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		
<b>Kapitel 13: Vereinfachungen und Kosten</b>		
80. Teilen Sie die in der Ausgangslage (13.1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
81. Sind Sie dafür, Art. 3 BVG aufzuheben (13.3.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
82. Sind Sie dafür, einen elektronischen, standardisierten Meldezettel bei einem Freizügigkeitsfall einzuführen (13.3.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
83. Sind Sie dafür, den Vorsorgeausweis zu standardisieren (13.3.1.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
84. Sind Sie dafür, die 3-Monatsfrist zur Unterstellung unter das BVG aufzuheben (13.3.1.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
85. Sind Sie dafür, die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerb aufzuheben (13.3.1.6)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
86. Sind Sie dafür, alle atypischen Arbeitnehmer bei der Auffangeinrichtung zu versichern (13.3.1.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
87. Sind Sie dafür, die Destinatärkreise in der Vorsorge zu harmonisieren (13.3.1.8)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
88. Sind Sie dafür, die Bestimmungen zur beruflichen Vorsorge zu konzentrieren (13.3.1.9)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Eher ja Eher  
nein

89. Sind Sie dafür, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle aufzuheben (13.3.1.10)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
90. Sind Sie dafür, die freiwillige Versicherung aufzuheben (13.3.1.11)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
91. Sind Sie dafür, einheitliche Altersgutschriften einzuführen (13.3.1.12)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
92. Sind Sie dafür, dass die Individualisierungsmöglichkeiten in der beruflichen Vorsorge eingeschränkt oder abgeschafft werden (13.3.1.13)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
93. Sind Sie dafür, dass die Vorfinanzierung des Vorbezugs der Altersleistungen nicht mehr möglich ist (13.3.1.14)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
94. Sind Sie dafür, dass nicht erfolgswirksame, aber bekannte Kosten erfasst werden (13.3.2.3)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
95. Sind Sie dafür, dass die Transparenz der Finanzprodukte verbessert wird (13.3.2.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
96. Sind Sie dafür, dass die Kosten der Rückversicherung in der Jahresrechnung separat ausgewiesen werden (13.3.2.5)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen: Frage 83: Vorgängig abzuklären sind Aufwand und Ertrag dieser zusätzlichen administrativen Arbeiten.		
<b>Kapitel 14: Transparenz</b>		
97. Teilen Sie die in der Ausgangslage (14.1) und der Problemanalyse (14.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
98. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden Weisungen zur Vergleichbarkeit von Vorsorgeeinrichtungen erlässt (14.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
99. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen zwecks Vergleichbarkeit einheitliche Benchmarks verwenden (14.4.1.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:		

Bundesamt für Sozialversicherungen  
Internationales und Berufliche Vorsorge  
Frau Martina Stocker  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Bern, 03.05.2012 / CJR  
Anhörung Zukunft 2. Säule

## **Anhörung zum Entwurf des Berichts zur Zukunft der Zweiten Säule**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Stellungnahme zu der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

**Einführende Bemerkungen** - Der vorliegende Bericht zur Zukunft der Zweiten Säule ist umfangreich und strebt eine umfassende BVG-Reform an. Ein solches Unterfangen wird im Parlament umstritten sein und viel Zeit in Anspruch nehmen. Doch die Zeit drängt. Bevor eine grosse BVG-Reform in Angriff genommen werden kann, müssen Sofortmassnahmen eingeleitet werden, welche die systemwidrigen Umlagerungen innerhalb der Zweiten Säule zulasten der Aktiven beheben. Wir fordern eine transparente Darstellung aller Quersubventionierungen innerhalb der Zweiten Säule. So sollen Pensionskassen ihren Versicherten zum Beispiel aufzeigen müssen, welche Altersguthaben jedes Jahr vom Überobligatorium zum Obligatorium oder von den Aktiven zu den Versicherten umverteilt werden. Zudem darf es zu keiner Vermischung der Ersten und Zweiten Säule kommen.

**Prioritäten und Handlungsnotstand** - Die Grundlage für den vorliegenden Bericht liegt in Art. 14 Abs. 3 BVG, wonach der Bundesrat mindestens alle 10 Jahre einen Bericht zur Festlegung des Umwandlungssatzes unterbreiten muss. Der Entscheid des Bundesrates, den Bericht inhaltlich zu erweitern, ist begrüssenswert, doch der Mindestumwandlungssatz müsste eine viel zentralere Rolle einnehmen. Der Bericht ist zwar eine gelungene Auslegeordnung, doch es fehlen ihm eine Vision und klare Prioritäten. Es wird kein Reformweg aufgezeigt. FDP.Die Liberalen setzt die Prioritäten klar beim Mindestumwandlungssatz. Der Bericht unterschätzt und verharmlost die heutige Situation. Der Bundesrat muss zwingend schnell handeln und den Abfluss der Altersguthaben der Erwerbstätigen stoppen. Die weniger prioritären Bereiche sollen erst in einem zweiten Schritt in Angriff genommen werden.

**Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatzes** - Wir setzen uns entschieden für eine Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatzes ein. Aus diesem Grund befürworten wir die vorgeschlagene Einführung eines Systems mit variablen Rentenzuschlägen - schlagen aber eine andere Umsetzung vor: Aufgrund des jährlich sinkenden Alterskapitals und den damit erzielbaren Renditen, können die Renten in einem solchen System von Jahr zu Jahr stark variieren. Um die jährlichen Unterschiede zwischen den Renten zu „glätten“, soll der jährliche Zuschlag aufgeteilt werden: ein Teil soll sofort ausgeschüttet und der Rest soll in allen darauffolgenden Jahren zur garantierten Basis-Rente addiert werden. Damit würden sich die andauernden Diskussionen und Neuanpassungen des Mindestumwandlungssatzes erübrigen. Auch die Festlegung des Mindestumwandlungssatzes durch das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung wäre für uns eine Option zur Entpolitisierung. Nur wenn der Mindestumwandlungssatz technisch-mathematischen Realitäten (insbesondere die gesteigerte Lebenserwartung und schwache Renditen auf den Finanzmärkten) widerspiegelt, kann die Stabilität der Zweiten Säule langfristig gesichert werden. Ein flexibles Rentenalter und längere Beitragszeiten müssen in Betracht gezogen werden.

**Keine Vermischung der Säulen** - Die Umlagerung von Erwerbstätigen auf Rentner ist in der Zweiten Säule systemfremd und bedroht die Stabilität des ganzen schweizerischen Vorsorgesystems. Das Überobligatorium darf nicht länger als Reserve für das Obligatorium betrachtet werden. Die Reform muss das Kapitaldeckungsverfahren als Grundlage der Zweiten Säule stärken – es darf nicht zu ungewollten Umlagerungen innerhalb der Zweiten Säule oder gar zu einer Vermischung zwischen den Säulen kommen. Ein Rentensystem nach Kapitaldeckungsverfahren oder Umlageverfahren hat je seine Vor- und Nachteile. Die Nachteile der verschiedenen Systeme werden bei der heutigen Situation der Zweiten Säule und der Finanzprojektionen der AHV deutlich sichtbar. Kein System vermag eine immer perfekte Vorsorge zu garantieren, doch der System-Mix vermag die grössten Nachteile eines Systems auszubalancieren. Mit der Dritten Säule eröffnet sich den Versicherten die Möglichkeit in

Eigenverantwortung in ihre Vorsorge zu investieren. Vor diesem Hintergrund ist eine mögliche Vermischung der drei Säulen einer krassen Schwächung des Schweizerischen Vorsorgesystems gleichzusetzen und wird von der FDP. Die Liberalen in keiner Weise akzeptiert. Angesichts der drohenden , dramatischen Finanzprojektionen der AHV in den nächsten Jahrzehnten erscheint uns ein Ausbau der AHV, zur Entlastung des Zweiten Säule, fahrlässig.

**Entpolitisierung des Mindestzinssatzes** - Kapitel 10 stellt sich die Tatsache nicht, dass der Mindestzins seit längerem nicht mehr erreicht wird. Wir setzen uns auch hier für eine Entpolitisierung ein. Der Mindestzins könnte vom obersten Organ der Vorsorgeeinrichtung oder von der Nationalbank festgelegt werden. Der dritte Beitragszahler im BVG kann heute kaum mehr als solcher bezeichnet werden. Die Deckungskapitalvorschriften in der Zweiten Säule verhindern - obwohl sich die Verpflichtungen des BVG auf mehrere Jahrzehnte erstrecken - langfristige Investitionen. Angesichts des hohen Schweizer Frankens und der Entwicklungen der europäischen Märkte wären zum Beispiel längerfristige Investitionen in aufstrebenden Märkten sinnvoll. Mit dem Ziel den dritten Beitragszahler der Zweiten Säule optimal zu nutzen und zu stärken, soll der Bundesrat prüfen, inwiefern Investitionen in langfristigen Fonds möglich wären.

**Keine Einschränkung der Wohneigentumsförderung** - Eine Einschränkung des Vorbezugs für Wohneigentumsförderung im BVG lehnen wir ab. Insbesondere wenn der Bundesrat das Bausparen ablehnt, muss diese freiheitliche Lösung in der Zweiten Säule weiterbestehen. Ein hoher WEF-Vorbezug kann bei Erreichen des Rentenalters durchaus zu Problemen führen. Sinnvoller als eine absolute Beschränkung im BVG ist eine Selbstregulierung der Banken. Diese zeigen bereits jetzt Bestrebungen, dass Vorbezüger für den Abschluss einer Hypothek, nebst dem BVG Kapital, weiteres Eigenkapital vorweisen müssen.

**Erfahrungen mit dem BVG** - Des Weiteren widerspiegelt der Bericht eine Auslegeordnung aus Verwaltersicht. Nach mehr als 25 Jahren BVG hätten mehr Angaben über die bisherigen Erfahrungen aus Sicht der Arbeitgeber (z.B. Erfahrungen mit Stiftungsräten, mit Wechselfällen des Betriebs, Umstrukturierungen, Sozialpläne, etc.) und der Arbeitnehmer (persönliche Erfahrungen bei Wechselfällen des Berufs- und Privatlebens, mit Teilzeit, wechselnden Pensen, Verheiratung, Scheidung) einfließen sollen. Insbesondere fehlt, was man mit dem BVG erreicht hat: Eine sozio-statistische Sicht der Rentenverteilung, des Anteils der BVG-Bezüger an der Gesamtbevölkerung, der Beschäftigten, der Entwicklung der Renten etc.

**Auswerten des Fragebogens** - Zuletzt möchten wir noch auf die Problematik der Auswertung des Fragebogens aufmerksam machen. Einerseits droht mit der Auswertung der 99 Fragen eine Verzettlung und damit ein Beiseiteschieben der oben erwähnten Prioritäten. Andererseits bringt ein reines „Auszählen der Kreuze“ keine verlässliche Antwort, welche Massnahmen mehrheitsfähig sind oder nicht. Dafür sind die Fragen und zum Teil der Bericht zu wenig genau in der Beschreibung der Umsetzung (Vgl. zum Beispiel: Frage 2, 3, 7, 8, 16, 19, 20, 30, 35, 45, 46, 47, 49 oder 67). Ein „Eher nein“ muss nicht heissen, dass man grundsätzlich gegen eine Massnahme ist, sondern kann ebenso bedeuten, dass man die vorgeschlagene Umsetzung nicht befürwortet. In diesem Sinne möchten wir auch darauf aufmerksam machen, dass bei Frage 40 auf Französisch von der ertragsbasierten Methode die Rede ist und auf Deutsch von der ergebnisbasierten Methode.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

FDP. Die Liberalen  
Der Präsident

Philipp Müller  
Nationalrat

Der Generalsekretär

Stefan Brupbacher

#### Beilagen

Fragebogen: Anhörung zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule

## Anhörung zum Bericht zur Zukunft der 2. Säule - Fragebogen

Name: FDP.Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern, 03.05.2012

Die Lösungsansätze, welche für die BVG-Kommission eine Option darstellen, sind grün hinterlegt.

Eher ja    Eher  
nein

<b>Kapitel 1: Einleitung</b>		
Teilen Sie die in der Einleitung (Kapitel 1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bemerkungen:  		
<b>Kapitel 2: Die Rolle der beruflichen Vorsorge im 3-Säulen-System</b>		
1. Teilen Sie die in der Ausgangslage (2.1) und der Problemanalyse (2.2) gemachten Aussagen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
2. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 2. Säule bei Erwerbsunterbrüchen zu erweitern (2.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
3. Sind Sie dafür, Arbeitnehmende im Dienste mehrerer Arbeitgeber der obligatorischen Versicherung zu unterstellen, wenn die Summe ihrer Löhne die BVG-Schwelle erreicht (2.4.2.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
4. Sind Sie dafür, die Information zur freiwilligen Versicherung durch eine Weisung der Oberaufsichtskommission zu verbessern (2.4.2.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
5. Sind Sie dafür, die Selbstständigerwerbenden der <u>obligatorischen</u> Versicherung zu unterstellen (2.4.2.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
6. Sind Sie dafür, in Sachen Kapitalbezüge den status quo zu belassen (2.4.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
7. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>vollständig</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.3)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Sind Sie dafür, dass das obligatorische Altersguthaben gar nicht und das überobligatorische Altersguthaben <u>teilweise</u> als Kapital bezogen werden kann (2.4.3.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
9. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen nicht vorsehen können, bei der Pensionierung mehr als einen Viertel des Altersguthabens als Kapital auszubezahlen (2.4.3.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
10. Sind Sie dafür, dass das Altersguthaben zu Zwecken der Wohneigentumsförderung nur noch in der Höhe, wie es im Alter 40 bestand, bezogen werden kann (2.4.3.6)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
11. Sind Sie dafür, dass jegliche Möglichkeiten des Kapitalbezugs abgeschafft werden (2.4.3.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
12. Sind Sie dafür, dass geringfügige Altersguthaben nicht mehr bar ausgezahlt werden können (2.4.3.8)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Eher ja Eher  
nein

13. Sind Sie dafür, die Möglichkeit zur Fortführung der 3. Säule bei Erwerbsunterbrüchen einzuführen (2.4.4.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Sind Sie dafür, das Mindestrücktrittsalter auf 60 Jahre anzuheben (2.4.5.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<p>Bemerkungen:</p> <p>Frage 1: Wer nicht dauerhaft einer geregelten Erwerbsarbeit nachgeht, kann auch nicht den vollen Leistungsumfang der zweiten Säule in Anspruch nehmen. Arbeitnehmer in atypischen Erwerbskarrieren sind daher gefordert ihre Altersvorsorge eigenverantwortlich zu planen (vgl. Bemerkung zu Frage 2 unten).</p> <p>Frage 2: Es wäre administrativ einfacher die Säule 3a für Nichterwerbstätige zu öffnen.</p> <p>Frage 3: Auch hier wäre erweiterte Möglichkeit in der Säule 3a (für Teilerwerbstätige) eine Alternative.</p> <p>Frage 6-8: Eine Einschränkung soll sich nicht auf die WEF beziehen. Auch beim Obligatorium plädieren wir für eine liberale Lösung des Kapitalbezugs (Fragen 7/8 sind unklar – unsere Antwort bezieht sich auf das Überobligatorium). Die Tatsache, dass Kapitalbezüge zu einer Belastung der Ergänzungsleistungen führen können, ist stossend. Der Bericht liefert keine genauen Zahlen zum Umfang dieser Problematik – auf diesem Hintergrund sind wir gegen eine pauschale Einschränkung. In einem System des Zwangssparens möchten wir diese freiheitliche Regelung beibehalten. Wenn genauer absehbar wird, wie fest die Allgemeinheit für die Fehler Einzelner aufkommen muss, sind wir bereit über eine Einschränkung im Obligatorium zu diskutieren. Zudem dürfen die Fehler Einzelner nicht umfassend an die Sozialwerke externalisiert werden. Bei der dringend nötigen Reform unserer Sozialwerke muss die Eigenverantwortung wieder eine zentrale Rolle einnehmen.</p>		
<b>Kapitel 3: Kassenlandschaft</b>		
15. Teilen Sie die in der Ausgangslage (3.1) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Sind Sie für die Einheitskasse (3.3.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17. Sind Sie für die Festlegung einer Mindestgrösse für Vorsorgeeinrichtungen (3.3.1.4)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<p>Bemerkungen:</p> <p> </p>		
<b>Kapitel 4: Freie Pensionskassenwahl</b>		
18. Teilen Sie die in der Ausgangslage (4.1) und der Problemanalyse (4.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. Sind Sie dafür, ein Wahlmodell einzuführen (4.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20. Sind Sie dafür, in Sachen freie Pensionskassenwahl den status quo zu belassen (4.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

<p>Bemerkungen:</p> <p>Frage 19/20: Im Sinne des Wettbewerbs in Sachen Pensionskassen kann aus unserer Sicht erneut geprüft werden, ob die freie Pensionskassenwahl eingeführt werden kann. Damit soll die Position der einzelnen Versicherten gestärkt werden. Die Diskussion soll sich um die nötigen Schritte drehen, welche einen kontrollierten Übergang in das neue System erlauben würden.</p> <p> </p>	
<p><b>Kapitel 5: Parität</b></p>	
<p>21. Teilen Sie die in der Ausgangslage (5.1) gemachten Aussagen?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>22. Sind Sie dafür, dass die Durchführung von Wahlen bei grossen Sammeleinrichtungen mittels einer Weisung der Oberaufsichtskommission verbessert wird (5.3.1.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>Bemerkungen:</p> <p> </p>	
<p><b>Kapitel 6: Anlagebestimmungen / Anlagerisiken / Kapitaldeckungsverfahren</b></p>	
<p>23. Teilen Sie die in der Ausgangslage (6.1) und der Problemanalyse (6.2) gemachten Aussagen?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>24. Sind Sie dafür, an Zweckgesellschaften ausgelagerte Forderungen (insb. synthetische und restrukturierte Forderungen) anders zu behandeln als klassische feste Forderungen (6.4.1.2)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>25. Sind Sie dafür, die Securities Lending und Repo Geschäfte zu regeln (6.4.2.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>26. Sind Sie dafür, die Anlagelimiten anzupassen (6.4.3.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>Bemerkungen:</p> <p><b>Frage 25:</b> Solche Finanzprodukte sind wandelbar und lassen sich kaum per Gesetz oder Verordnung regeln. Eine Aufsicht wäre schwer zu realisieren (Aufwand und Kosten). Wir plädieren hier für Fachempfehlungen.</p> <p> </p>	
<p><b>Kapitel 7: Solvenz und Wertschwankungsreserven</b></p>	
<p>27. Teilen Sie die in der Ausgangslage (7.1) und der Problemanalyse (7.2) gemachten Aussagen?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>28. Sind Sie dafür, für autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen eine einheitliche Methode zur Bestimmung des Zielwerts der Wertschwankungsreserve zu definieren (7.4.1.2)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>

Eher ja Eher  
nein

29. Sind Sie dafür, die Wertschwankungsreserve als versicherungstechnisch notwendiges Vorsorgekapital zu behandeln (7.4.1.3)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
30. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen den ökonomischen Deckungsgrad als internes Instrument verwenden (7.4.1.4)?	<b>x</b>	<input type="checkbox"/>
31. Sind Sie dafür, Leistungsverbesserungen bei unvollständig geäufter Wertschwankungsreserve nicht mehr zuzulassen (7.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
Bemerkungen:  		
<b>Kapitel 8: Vollversicherung und Mindestquote</b>		
32. Teilen Sie die in der Ausgangslage (8.1) und der Problemanalyse (8.2) gemachten Aussagen?	<b>x</b>	<input type="checkbox"/>
33. Sind Sie dafür, dass die nachträgliche Verrechnungsmöglichkeit von administrativen Kosten aufgehoben wird und autonome und teilautonome Sammeleinrichtungen kostendeckende Kostenprämien erheben (8.4.1.2)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
34. Sind Sie dafür, dass die glättenden Funktion des Überschussfonds eingeschränkt wird bzw. dass der (freie) Überschussfonds abgeschafft wird (8.4.2.2)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
35. Sind Sie dafür, dass die Höhe der Mindestquote (unter Beachtung des SST) überprüft wird (8.4.3.2)?	<b>x</b>	<input type="checkbox"/>
36. Sind Sie dafür, dass ein Zielkapital für die berufliche Vorsorge mit einer bestimmten Entschädigung festgelegt wird (8.4.3.3)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
37. Sind Sie dafür, dass den kollektiven Sammeleinrichtungen die Vollversicherung verboten wird bzw. dass ihnen nur noch die Risikorückdeckung erlaubt wird (8.4.4.1)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
38. Sind Sie dafür, dass das angelsächsische Modells mit oder ohne Mindestquotenregelung eingeführt wird (8.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
39. Sind Sie dafür, dass für die Kollektivversicherung berufliche Vorsorge eine separate juristische Person gebildet wird (8.4.4.3)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
40. Sind Sie für eine Konzentration auf die ertragsbasierte Methode (8.4.4.4)?	<b>x</b>	<input type="checkbox"/>
41. Sind Sie dafür, dass der Saldo des Risikoprozesses in Prozenten der Risikoprämien beschränkt wird (8.4.4.5)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
42. Sind Sie für die Paketlösung „Transparenz plus“ (8.4.4.6)?	<b>x</b>	<input type="checkbox"/>

<p>Bemerkungen:</p> <p>Frage 35: Vor dem Hintergrund, dass der SST einen regulatorischen Mehraufwand und höhere Eigenkapitalanforderungen mit sich bringt, sollte die Mindestquote überprüft werden. Diese Diskussion darf nicht zu einer von Links motivierten Kampagne führen.</p> <p>Frage 42: Der Wunsch nach grösserer Transparenz in der Zweiten Säule ist gross. Transparenz kann aber auch mit zusätzlichen Kosten verbunden sein (vgl. Bericht). Grundsätzlich sind Verbesserungen im Bereich Transparenz zu befürworten (Vertrauen schaffen), sofern diese die bereits hohen Verwaltungskosten der Zweiten Säule nicht weiter in die Höhe treiben.</p>	
<p><b>Kapitel 9: Mindestumwandlungssatz</b></p>	
<p>43. Teilen Sie die in der Ausgangslage (9.1) und der Problemanalyse (9.2) gemachten Aussagen?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>44. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz zu senken (9.4.1.2)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>45. Sind Sie dafür, den Mindestumwandlungssatz im Gesetz festzulegen (9.4.1.3)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>46. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom Bundesrat festgelegt wird (9.4.1.4)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>47. Sind Sie dafür, das Rücktrittsalter anzuheben (9.4.1.5)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>48. Sind Sie dafür, den Umwandlungssatz im Gesetz auf einen vorsichtigen Wert festzulegen und ein System mit variablen Rentenzuschlägen einzuführen (9.4.1.6)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>49. Sind Sie dafür, dass der Mindestumwandlungssatz vom obersten Organ der Vorsorgeeinrichtung festgelegt wird (9.4.1.7)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>50. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Koordinationsabzug zu senken (9.4.2.2)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>51. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Altersgutschriften zu erhöhen (9.4.2.3)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>52. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes den Sparprozess früher zu beginnen (9.4.2.4)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>53. Sind Sie dafür, die Höhe der Risikoleistungen anhand des versicherten Lohns zu definieren (9.4.2.5)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>54. Sind Sie dafür, als flankierende Massnahme zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes die Pensionierten-Kinderrenten abzuschaffen (9.4.2.6)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>55. Sind Sie dafür, einen nach der Sterblichkeit differenzierten Mindestumwandlungssatz zu verwenden (9.4.2.7)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>56. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels der 1. Säule zu finanzieren (9.4.3.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>
<p>57. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels Beiträgen, die nicht in die</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>

Eher ja Eher  
nein

Berechnung der Freizügigkeitsleistung einfließen, zu finanzieren (9.4.3.3.1)?		
58. Sind Sie dafür, Übergangsmassnahmen mittels eines Pools zu finanzieren (9.4.3.3.2)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
59. Welche Kombination von Massnahmen bevorzugen Sie?		
a) 45 + 50&51 + 58	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
b) 46 + 50&51 + 58	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
c) 47 + 50&51 + 58	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
d) 49 + 50&51 + 58	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
...		
60. Sind Sie dafür, die Bandbreite für den technischen Zinssatz auf zwischen 3 und 4.5% festzulegen (9.4.4.2)?	<input type="checkbox"/>	<b>x</b>
61. Sind Sie dafür, Art. 8 FZV zu streichen (9.4.4.3)?	<b>x</b>	<input type="checkbox"/>

<p>Bemerkungen:</p> <p>Frage 43: Die Darstellung der Situation ist insbesondere beim Mindestumwandlungssatz verharmlosend. Ausserdem ist die Behauptung, dass umhüllende Kassen vom überhöhten Umwandlungssatz nicht betroffen sind falsch. Wenn überobligatorische Gelder als Reserven für Quersubventionierungen angesehen werden, ist dies völlig systemfremd. Wir fordern eine transparente Offenlegung aller Solidaritäten im BVG und eine Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatz.</p> <p>Frage 46: Die Festlegung des Mindestumwandlungssatzes in einer Verordnung ist gegenüber der heutigen Regelung aus Gesetzesstufe zu bevorzugen. Grundsätzlich fordern wir aber eine Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatzes. Gegenüber der hier vorgeschlagenen Lösung bevorzugen wir die Festlegung durch das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung.</p> <p>Frage 47: Mit der parlamentarischen Initiative 10.524 „65/65: Angleichung des Frauen-Rentenalters“ hat die FDP. Die Liberale Fraktion bei der AHV die Angleichung des Rentenalters für Frau und Mann gefordert. Insofern befürworten wir, dass das Rentenalter auch im BVG angeglichen werden soll. Gleichstellung bringt Rechte und Pflichten mit sich: Wir erachten diese Massnahme als gerecht und ausgewogen, denn die Gleichstellung von Mann und Frau muss auch die Renten einschliessen. Des Weiteren befürworten wir grundsätzlich eine Flexibilisierung des Rentenalters und nicht eine pauschale Erhöhung.</p> <p>Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen gewinnt nebst der AHV, auch die Zweite Säule an Bedeutung. Frauen sind darauf angewiesen, dass sie auch im Alter ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren können und wie die Männer gleich lang im Arbeitsleben dabei sein können. Die Gleichstellung verlangt, dass Frauen und Männer im Arbeitsleben gleich behandelt werden, sei es beim Lohn, den Arbeitskonditionen, sowie beim Pensionsalter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Lebenserwartung von Frauen um einiges höher liegt und auch die Rentenbezugsdauer somit länger ist als bei Männern.</p> <p>Frage 48: Wir befürworten entschieden die Einführung eines Systems mit variablen Rentenzuschlägen, schlagen aber einen alternativen Weg vor: Aufgrund des jährlich sinkenden Alterskapitals und der erzielbaren Renditen, können die Renten in einem solchen System von Jahr zu Jahr stark variieren. Um die jährlichen Unterschiede zwischen den Renten zu „glätten“, soll der jährliche Zuschlag aufgeteilt werden: ein Teil soll sofort ausgeschüttet und der Rest soll in allen darauffolgenden Jahren zur garantierten Rente addiert werden. Damit würden sich die häufigen Diskussionen und Neuanspassungen des Mindestumwandlungssatzes erübrigen. Die Stabilität der Zweite Säule wäre damit langfristig gesichert.</p> <p>Frage 49: Gleichzeitig müsste der Mindestumwandlungssatz trotzdem auf Verordnungsstufe auf einen vorsichtigen Wert festgelegt werden.</p> <p>Frage 59: Wir sind gegen eine weitere Erhöhung der Lohnnebenkosten.  </p>	
<p><b>Kapitel 10: Mindestzinssatz</b></p>	
<p>62. Teilen Sie die in der Ausgangslage (10.1) und der Problemanalyse (10.2) gemachten Aussagen?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>63. Sind Sie dafür, dass die Verzinsung der Altersguthaben vom obersten Organ frei entschieden werden kann (10.4.1.2)?</p>	<p><b>x</b> <input type="checkbox"/></p>
<p>64. Sind Sie dafür, dass die Mehrheitsformel der BVG-Kommission indikativ als Basis zur Berechnung des Mindestzinssatzes verwendet wird (10.4.1.3)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <b>x</b></p>

<p>Bemerkungen:</p> <p>Frage: 64: Die FDP.Liberalen Fraktion setzt sich grundsätzlich für eine Entpolitisierung des Mindestzinssatzes ein (vgl. Motion RL 11.3778). Der Mindestzinssatz wurde in den letzten 10 Jahren vom Durchschnitt der Vorsorgeeinrichtungen nicht erreicht. Die Festlegung des Mindestzinssatzes muss künftig automatisch an die reale Situation an den Finanzmärkten angepasst werden und nicht mehr von politischen Entscheiden abhängig sein.</p>	
<p><b>Kapitel 11: Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen</b></p>	
<p>65. Teilen Sie die in der Ausgangslage (11.1) und der Problemanalyse (11.2) gemachten Aussagen?</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p>
<p>66. Sind Sie dafür, dass von Rentnern vermehrt Sanierungsbeiträge eingefordert werden können (11.4.1.2)?</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p>
<p>67. Sind Sie dafür, dass die Renten aus einem garantierten und einem variablen, von der finanziellen Lage abhängigen Teil bestehen (11.4.1.3)?</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p>
<p>68. Sind Sie dafür, dass die Aufsichtsbehörden ein Mittel erhalten, um Sanierungsmassnahmen durchzusetzen (11.4.2.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p>69. Sind Sie dafür, dass Vorsorgeeinrichtungen in Überdeckung Massnahmen zur finanziellen Konsolidierung treffen können (11.4.3.2)?</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p>
<p>70. Sind Sie dafür, dass der Rentnerbestand bei der Auflösung eines Anschlussvertrags in die neue Kasse mitgenommen werden soll, wenn keine Vereinbarung erzielt werden kann und der Anschlussvertrag nichts vorsieht (11.4.4.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p>71. Sind Sie dafür, dass Vorsorgewerke, die ihren Anschlussvertrag auflösen, verpflichtet werden, die zurückgelassenen Rentner auszufinanzieren (11.4.4.3)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p>72. Sind Sie dafür, dass die Auffangeinrichtung Rentenverpflichtungen von solventen Vorsorgewerken, die bei einer insolventen Vorsorgeeinrichtung versichert sind, übernimmt (11.4.5.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p>73. Sind Sie dafür, dass solvente Vorsorgewerke, deren Vorsorgeeinrichtung insolvent geworden ist, an den Sicherheitsfonds angeschlossen werden (11.4.5.3)?</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/></p>

<p>Bemerkungen:</p> <p>Frage 66: Die Stabilität der Zweiten Säule soll nicht nur von den aktiven getragen werden. Ein System mit Rentenzuschlägen (vgl. Bemerkungen zu den Fragen 67 und 45) erlaubt es Rentner auf begrenzte und verträgliche Art und Weise an die Stabilität der Zweiten Säule zu beteiligen.</p> <p>Frage 67 (vgl. Frage 45): Wir befürworten entschieden die Einführung eines Systems mit variablen Rentenzuschlägen, schlagen aber einen alternativen Weg vor: Aufgrund des jährlich sinkenden Alterskapitals und der erzielbaren Renditen, können die Renten in einem solchen System von Jahr zu Jahr stark variieren. Um die jährlichen Unterschiede zwischen den Renten zu „glätten“, soll der jährliche Zuschlag aufgeteilt werden: ein Teil soll sofort ausgeschüttet und der Rest soll in allen darauffolgenden Jahren zur garantierten Rente addiert werden. Die Stabilität der Zweiten Säule wäre damit langfristig gesichert - die häufigen Diskussionen und Neuanpassungen des Mindestumwandlungssatzes würden sich erübrigen.</p> <p> </p>	
<p><b>Kapitel 12: Teilliquidation und Härtefälle</b></p>	
<p>74. Teilen Sie die in der Ausgangslage (12.1) und der Problemanalyse (12.2) gemachten Aussagen?</p>	<p><b>x</b>      <input type="checkbox"/></p>
<p>75. Sind Sie dafür, dass ältere arbeitslose Personen ihr Altersguthaben bei der Auffangeinrichtung einbringen können, welche ihnen bei der Pensionierung eine Rente auszahlt (12.4.1.2)?</p>	<p><b>x</b>      <input type="checkbox"/></p>
<p>76. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen darüber informieren müssen, dass mit dem Kapital eine Rente eingekauft werden kann (12.4.1.3)?</p>	<p><b>x</b>      <input type="checkbox"/></p>
<p>77. Sind Sie dafür, dass Freizügigkeitseinrichtungen verpflichtet werden, Leistungen in Rentenform auszurichten (12.4.1.4)?</p>	<p><input type="checkbox"/>      <b>x</b></p>
<p>78. Sind Sie für die Schaffung der Möglichkeit für ältere arbeitslose Personen, den Rentenbezug bei der letzten Vorsorgeeinrichtung aufzuschieben (12.4.1.5)?</p>	<p><input type="checkbox"/>      <b>x</b></p>
<p>79. Sind Sie dafür, dass die Oberaufsichtskommission in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden die Teilliquidationsvoraussetzungen präzisiert (12.4.3.2)?</p>	<p><b>x</b>      <input type="checkbox"/></p>
<p>Bemerkungen:</p> <p> </p>	
<p><b>Kapitel 13: Vereinfachungen und Kosten</b></p>	
<p>80. Teilen Sie die in der Ausgangslage (13.1) gemachten Aussagen?</p>	<p><b>x</b>      <input type="checkbox"/></p>
<p>81. Sind Sie dafür, Art. 3 BVG aufzuheben (13.3.1.2)?</p>	<p><input type="checkbox"/>      <b>x</b></p>
<p>82. Sind Sie dafür, einen elektronischen, standardisierten Meldezettel bei einem Freizügigkeitsfall einzuführen (13.3.1.3)?</p>	<p><b>x</b>      <input type="checkbox"/></p>
<p>83. Sind Sie dafür, den Vorsorgeausweis zu standardisieren (13.3.1.4)?</p>	<p><input type="checkbox"/>      <b>x</b></p>

	Eher ja	Eher nein
84. Sind Sie dafür, die 3-Monatsfrist zur Unterstellung unter das BVG aufzuheben (13.3.1.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
85. Sind Sie dafür, die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerb aufzuheben (13.3.1.6)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
86. Sind Sie dafür, alle atypischen Arbeitnehmer bei der Auffangeinrichtung zu versichern (13.3.1.7)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
87. Sind Sie dafür, die Destinatärkreise in der Vorsorge zu harmonisieren (13.3.1.8)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
88. Sind Sie dafür, die Bestimmungen zur beruflichen Vorsorge zu konzentrieren (13.3.1.9)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
89. Sind Sie dafür, den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle aufzuheben (13.3.1.10)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
90. Sind Sie dafür, die freiwillige Versicherung aufzuheben (13.3.1.11)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
91. Sind Sie dafür, einheitliche Altersgutschriften einzuführen (13.3.1.12)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
92. Sind Sie dafür, dass die Individualisierungsmöglichkeiten in der beruflichen Vorsorge eingeschränkt oder abgeschafft werden (13.3.1.13)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
93. Sind Sie dafür, dass die Vorfinanzierung des Vorbezugs der Altersleistungen nicht mehr möglich ist (13.3.1.14)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
94. Sind Sie dafür, dass nicht erfolgswirksame, aber bekannte Kosten erfasst werden (13.3.2.3)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
95. Sind Sie dafür, dass die Transparenz der Finanzprodukte verbessert wird (13.3.2.4)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
96. Sind Sie dafür, dass die Kosten der Rückversicherung in der Jahresrechnung separat ausgewiesen werden (13.3.2.5)?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Bemerkungen:  Frage 86: Die Versicherung atypischer Arbeitnehmer könnte verhältnismässig sehr hohe administrative Kosten auslösen, die in keinem sinnvollen Verhältnis zu den vermutlich eher bescheidenen Altersguthaben. Bei diesem Lohnniveau ist auch fraglich, ob eine obligatorische Versicherung über die Zweite Säule nicht Schwarzarbeit fördern würde.  Frage 95: Verbesserte Transparenz soll das Vertrauen in die Zweite Säule stärken. Sie darf aber ohne diesem Ziel massgeblich zu dienen, nicht zu höheren Betriebskosten führen.		
<b>Kapitel 14: Transparenz</b>		
97. Teilen Sie die in der Ausgangslage (14.1) und der Problemanalyse (14.2) gemachten Aussagen?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
98. Sind Sie dafür, dass die OBERAUFSICHTSKOMMISSION in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden Weisungen zur Vergleichbarkeit von Vorsorgeeinrichtungen erlässt (14.4.1.2)?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
99. Sind Sie dafür, dass die Vorsorgeeinrichtungen zwecks Vergleichbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Eher ja Eher  
nein

einheitliche Benchmarks verwenden (14.4.1.3)?	
Bemerkungen:  ]	